

IPPNW akzente

Eine Information der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges,
Ärzte in sozialer Verantwortung e.V.

IPPNW - Delegationsreise in die Türkei

„I want to tell you about a suffering land“

Leyla Zana

März 2012



Unterwegs nach Hakkari

Foto: Sigrid Ebritsch

TeilnehmerInnen: Mehmet Bayval, Monika Bergen, Christa Blum, Mehmet Desde, Sigrid Ebritsch, Helmut Käss, Eva Klippenstein, Rainer Kohlhaas, Ursula Kowald-Stöckmann, Gisela Penteker, Elke Schrage, Vera Seidel, Anja Siegert, Friederike Speitling, Friedrich Vetter

Kontakt: IPPNW Deutschland, Körtestr. 10, 10967 Berlin
030/698074-0, ippnw@ippnw.de

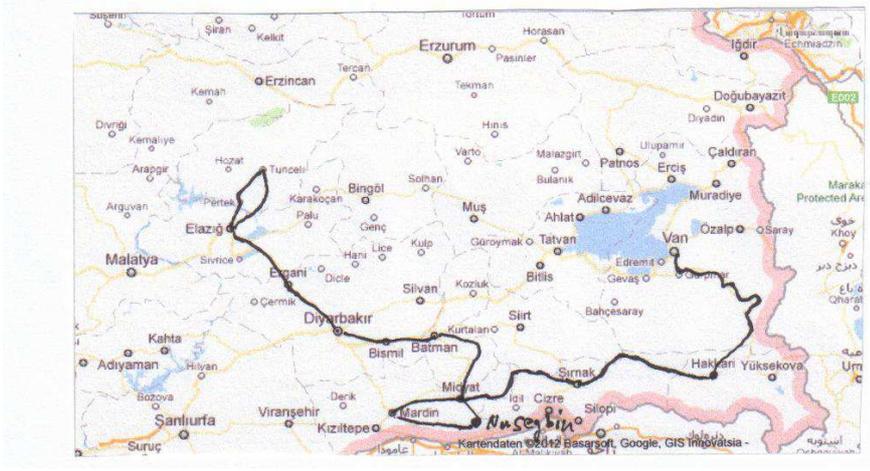




International boundary
 National capital
 Province capital
 Railroad
 Expressway
 Road

SCALE 1:7,000,000
 0 100 150 200 Kilometers
 0 100 150 200 Miles
 Lambert Conformal Cone Projection,
 standard parallels 12°N and 38°N

Übersichtskarte und Reiseroute



Eine Kinderzeichnung über den täglich erlebten Konflikt.





Inhaltsverzeichnis

Editorial.....	3
GeprächspartnerInnen.....	5
17.3.12: Ekrem Eddy Güzeldere, ESI.....	5
18.3.12: Berivan Bingöl.....	5
19.3.12: Raci Bilici, Sekretär des IHD (Menschenrechtsverein).....	6
19.3.12: Osman Baydemir, Oberbürgermeister von Diyarbakir	7
20.3.12: Mehmet Emin Aktar, Vorsitzender der Anwaltskammer Diyarbakir.....	7
20.3.12: KAMER Diyarbakir	7
Ärztchammer Diyarbakir, Dr. Semsettin Koc, Vorsitzender, Dr. Kemal	7
21.3.12: Newrozfest in Dersim, Rede der BDP-Abgeordneten Gültan Kisanak.....	8
KAMER Dersim im KAMER Hotel, Günes, Haskar und Diren:.....	8
Edibe Sahin, BDP Bürgermeisterin von Dersim und Dursun Demirtas, BDP-Vorsitzender:.....	8
22.3.12: Anwaltskammer Dersim: Fatma Kalsen, Vorsitzende, Helin Kuloglu.....	9
23.3.12: KARDELEN, Diyarbakir, Stadtteil Baglar, Frau Mukaddes	10
Melika Dara, Armenierin in der Stadtverwaltung Diyarbakir	10
24.3.12: Mor Gabriel, Sekretär Isa Garis und sein Sohn Gabriel	11
25.3.12: Gewerkschaften, Egitim Sen (Lehrgewerkschaft); Ibrahim Halil Efetürk, Resit Aslan und Sinan Demiroglu.....	11
BDP, Vorsitzende Filiz Isik	12
26.3.12: IHD und BDP, Ismail Akbulut (IHD), Ahmet Akbulut (BDP), Fersend Tas, Orhan Kopran	12
27.3.12: Abdullah Kilinc, stellvertretender Bürgermeister, BDP.....	13
Kadinler Danisma (Frauenberatungsstelle), Nazime Bor, Koordinatorin. Sibel Harman	13
KAMER, Zozan.....	13
28.3.12: Gülbahar Orhan, stellvertretende Bürgermeisterin, Treffen im Container, weil das Rathaus zerstört ist	14
Ömer Isik, IHD-Vorsitzender	14
29.3.12: Besuch in einer Containerstadt und in einem benachbarten Viertel,.....	15
KESK (11 Gewerkschaften) auch im Container. Sprecher Mehmet Aydemir	15
30.3.12: Gespräch mit Mehmet,	16
Dr. Heval Ayseli, leitet eine Flüchtlingsberatungsstelle, Mülticiler Danisma ve.....	16
Nazmi Gür, kurdischer Abgeordneter aus Van. Er kommt gerade aus Brüssel.....	16
„Vom Militärstaat zum Polizeistaat“ ?.....	16
Zu den KCK-Verfahren.....	25
Demokratie wächst nicht aus Gewalt Rückfall in die 90er Jahre	30
Staatsmacht und kommunale Selbstverwaltung.....	32
Die Gülenbewegung.....	33

Editorial

Gisela Penteker

Mit schwerem Herzen sind wir in diesem Jahr von unserer Delegationsreise in die kurdischen Gebiete der Türkei zurückgekehrt.

Das lag nicht nur daran, dass die letzte Station der Reise das vom Erdbeben im Oktober und November 2011 schwer getroffene Van war. In Kurdistan ist wieder Krieg. Täglich sterben Menschen. Die Bedrohung ist mit Händen zu greifen. Frühere GesprächspartnerInnen sind im Gefängnis. Vom Rückfall in die dunklen 90er Jahre sprechen viele. Die Hoffnung auf Dialog, auf Frieden, auf eine politische, demokratische Lösung der Kurdenfrage aus den Jahren 2007 und 2008 erscheint wie eine Fata Morgana.

Warum? Was ist geschehen, dass seit 2009 die Regierung wieder allein auf Gewalt und Repression setzt? Der EU-Fortschrittsbericht nennt als Grund die Beendigung des Waffenstillstands durch die PKK und die ersten Anschläge gegen türkische Soldaten. Unsere Gesprächspartner sehen den Grund eher im Ausgang der Kommunalwahlen, die der AKP von Ministerpräsident Erdogan nicht die erhoffte Stimmenmehrheit in den kurdischen Landesteilen eingebracht haben.

Im Fortschrittsbericht der EU-Kommission vom 12.10.2011 sind all die Menschenrechtsverletzungen aufgelistet, von denen uns berichtet wurde, die wir erlebt haben. In der Resolution des EU-Parlaments (B7 0189/2012) zum Fortschrittsbericht werden diese Missstände klar benannt, besonders was die Nicht-Unabhängigkeit der Justiz betrifft, die Einschränkung der Meinungs-, Versammlungs- und Pressefreiheit, die Situation in den Gefängnissen und die Inhaftierung von Kindern und auch die Ungerechtigkeiten und Benachteiligungen seitens der Zentralregierung gegenüber den kommunalen Verwaltungsstrukturen. Am heftigsten aber kritisiert das EU-Parlament den Terror durch die PKK und sagt der Türkei umfassende Hilfe zu bei der Bekämpfung des organisierten Verbrechens zur Finanzierung des Terrorismus. So verwundert es nicht, dass unter Verweis auf die Terrorbekämpfung auch in Deutschland die Politik der Türkei gegenüber den Kurden fortgesetzt wird. Muttersprachlicher Unterricht ist die Ausnahme. Immer mehr Kurden, die sich in Deutschland politisch seit Jahren für die kurdische Sache einsetzen, werden unter dem Antiterrorparagrafen 129 b angeklagt, mit Auslieferung an die Türkei bedroht. Gerade haben zwei hochrangige Vertreter von Yek Kom, der Vereinigung kurdischer Vereine in Deutschland, ihr langjähriges Aufenthaltsrecht verloren und sind von Ausweisung bedroht. Die deutsche Presse berichtet einseitig, von wenigen Ausnahmen abgesehen. Der Krieg in Kurdistan und der unermüdliche Einsatz so vieler Kurdinnen und Kurden für eine Anerkennung ihrer kulturellen Identität, das Leiden so vieler Mütter und Väter, die ihre Kinder im Gefängnis oder bei den Kämpfern in den Bergen verlieren, davon erfahren wir in Deutschland nichts.

Seit vielen Jahren war diesmal die Feier des kurdischen Frühjahrsfestes NEWROZ wieder verboten worden, und so wurden wir gleich bei unserer Ankunft in Istanbul Zeugen der brutalen Polizeigewalt gegen friedliche Festbesucher, die versuchten, den Festplatz zu erreichen.

Der Oberbürgermeister von Diyarbakir, Osman Baydemir, berichtete, dass trotz aller Behinderungen durch die Polizei die Menschenmenge nicht daran gehindert werden konnte, zum Festplatz durch zu kommen. Alle öffentlichen Busse und die technische Ausrüstung für die große Bühne waren im Vorfeld von der Polizei beschlagnahmt worden.

Hauptthema unserer Gespräche in Diyarbakir, Dersim, Midyat, Hakkari und Van waren die inzwischen mehr als 7000 Verhaftungen von kurdischen PolitikerInnen, JournalistInnen, MenschenrechtlerInnen, die unter dem Verdacht, eine terroristische Vereinigung zu unterstützen, lange Gefängnisstrafen erwarten müssen. Unter den Inhaftierten sind auch viele

Kinder ab 12 Jahren. Die Gefängnisse sind völlig überfüllt, die Bedingungen sehr schlecht. Kranke Gefangene werden nicht ausreichend versorgt und selbst Krebskranke im Finalstadium erhalten keine Haftverschonung (s. IPPNW Newsletter vom 29.3.12).

Auf der Fahrt von Sirnak nach Hakkari entlang der irakischen Grenze erlebten wir einen unglaublichen Militäraufmarsch. Alle Bergkämme waren von Militärposten besetzt, hinter jeder Kurve standen Panzer und Mannschaftswagen. Erstaunlicherweise wurden wir trotzdem weniger kontrolliert als in früheren Jahren.

In Van wurde die absurde Politik der Zentralregierung besonders deutlich. Die Stadtverwaltung und auch die zivilen Organisationen wurden von den Hilfsmaßnahmen nach dem Erdbeben ausgeschlossen. Von den ehemals 480 000 Einwohnern leben jetzt noch 180 000 in der Stadt, 35 000 in Containerstädten. Wer es sich leisten konnte, hat die Stadt verlassen. Die Armen sind geblieben. Während unseres Aufenthalts hat der Gouverneur bekannt gegeben, welche Gebäude abgerissen und welche saniert werden sollen. Die Menschen haben kein Vertrauen, dass diese Entscheidung nach Sicherheitskriterien erfolgt ist. Hier ebenso wie bei der Zuteilung von Hilfsgütern und Containern befürchteten sie, dass politisches Wohlverhalten mehr zählt als statische Gutachten.

Am letzten Tag in Van trafen wir den Abgeordneten Nazmi Gür, einen kurdischen Politiker, der seit vielen Jahren auf europäischer Ebene arbeitet. Er war gerade aus Brüssel von den EU-Fortschrittsverhandlungen zurück. Noch nie haben wir ihn so traurig und bitter erlebt. „Die Kurden haben in Europa keine Freunde“.

Im folgenden Bericht beleuchten Delegationsmitglieder einzelne Aspekte der vielschichtigen Probleme, von denen unsere GesprächspartnerInnen erzählt haben. Wir hoffen, dass wir damit ein Bild vermitteln können, das die einseitige Assoziation Kurden = Terroristen korrigiert. Dieses schöne faszinierende Land und seine mutigen und wunderbaren Menschen haben genug gelitten. Es ist lange Zeit für Frieden und Versöhnung. Wir danken allen, die sich wieder Zeit für uns genommen haben in der unerschütterlichen Hoffnung, dass sie am Ende doch Gehör und Aufmerksamkeit finden für ihre Sehnsucht nach dem Ende der Gewalt und einem Leben in Würde und Freiheit.



Sportstudenten im Munzurtal bei Dersim Foto: Gisela Penteker

GeprächspartnerInnen



ISTANBUL

17.3.12: Ekrem Eddy Güzeldere, ESI

Es ist schön, Herrn Güzeldere wieder zu treffen und seine besonnenen Analysen zu hören. Allerdings ist er viel weniger optimistisch als im letzten Jahr. Die Hoffnung auf eine friedliche Lösung ist dem erneuten Ausbruch der Gewalt gewichen. Bei den Militäroperationen im Osten habe es nicht einmal die übliche Winterpause gegeben. Man arbeite zwar noch an einer Verfassungsänderung. In der gegenwärtigen aufgeheizten Stimmung sei aber an eine Einigung nicht zu denken. Die Verhaftungswelle gegen Politiker und Journalisten sei Folge einer Änderung des Antiterrorgesetzes von 2006. Im Artikel 7 werde nicht nur Propaganda für sondern auch Kontakte zu einer illegalen Organisation unter Strafe gestellt. Die EU verhalte sich passiv, lediglich Schweden mache noch Druck.

18.3.12: Berivan Bingöl

Die junge Ärztin hatten wir letztes Jahr in ihrer Familienarztpraxis besucht. Sie hatte uns von der hohen Arbeitsbelastung und den unsicheren Vertragsverhältnissen berichtet. Inzwischen arbeitet sie als freiberufliche Betriebsärztin. Das heißt, sie muss sich die Betriebe selbst suchen und die Arbeitsbedingungen aushandeln. Arbeitsschutz ist in der Türkei noch Neuland, wird aber durch die internationalen Beziehungen mehr und mehr gefordert.



DIYARBAKIR

19.3.12: Raci Bilici, Sekretär des IHD (Menschenrechtsverein)

Hauptanliegen war die Situation der kranken Gefangenen in den Gefängnissen. Auch für 106 Totkranke, die dem IHD bekannt sind, gibt es trotz entsprechender Gutachten weder eine adäquate Behandlung noch Haftverschonung. Dem Wunsch nach Unterstützung kamen wir mit einem Brief an den Präsidenten und den Justizminister nach. Herr Bilici berichtet von der Zunahme von Menschenrechtsverletzungen in der Region. Allein 29.366 Fälle von Menschenrechtsverletzungen sind dem IHD bekannt, davon 1555 Fälle von Folterungen. Vor allem die inhumane Behandlung von schwerkranken Häftlingen würde dem IHD gemeldet. Dies findet aber in der türkischen Presse kaum Niederschlag. Auch Besuche aus der EU (staatliche Beobachterkommission) führen nicht zu Verbesserungen der Haftbedingungen in der Türkei. Eventuell könnten Verfahren wegen unterlassener Hilfeleistung vor dem Europäischen Gerichtshof zu Veränderungen führen.

Weiterhin setzt sich der IHD für die ordnungsgemäße Öffnung der Massengräber aus den 80er und 90er Jahren ein und fordert eine Fachkommission zur Klärung der Umstände der Ermordung und Identifizierung der Leichen. Aber der Staat scheint kein Interesse an der Identifizierung zu haben.

Gefragt nach den von uns in Istanbul und Diyarbakir beobachteten Schlägertrupps berichtet er, dass zunehmend Eingreiftruppen, (besondere Polizei gegen politische Aktivitäten) eingesetzt würden. Sie hätten eine große Macht und man könne kaum etwas gegen sie ausrichten. Auch die Staatsanwaltschaft würde nach ihrem Willen handeln.

Da die AKP noch nie Vertrauen ins Militär gehabt habe, entmachtete sie es und baue den Polizeiapparat aus, um sich zu schützen. Gleichermäßen werde mit den Gerichten umgegangen. Die Justiz sei jetzt in den Händen von AKP und Gülen (Islam Bewegung). Die Zunahme der Inhaftierungen von Bürgermeistern, Journalisten,

Akademikern u.a. begründete er auch damit, dass alle, die sich kritisch zur Kurdenpolitik äußerten, mit der KCK (Union der Gemeinschaften Kurdistans) in Verbindung gebracht würden und damit eine Inhaftierung gerechtfertigt erscheine.

19.3.12: Osman Baydemir, Oberbürgermeister von Diyarbakir

„Meine Rechte als Bürgermeister? Lassen Sie mich überlegen – Ich habe das Recht, mich verprügeln zu lassen und das Recht, zu vielen Jahren Gefängnis verurteilt zu werden.“

20.3.12: Mehmet Emin Aktar, Vorsitzender der Anwaltskammer Diyarbakir

Die Justiz sieht die Bürger als Feinde, die bestraft werden müssen. Polizisten und Gerichte sind nicht neutral. Eine neutrale Justiz würde viele Leute entlassen. Das wäre ein großer Schritt in Richtung Demokratie. Er plädiert für entschlossene Gewaltlosigkeit des kurdischen Widerstands a la Ghandi.

20.3.12: KAMER Diyarbakir

Hauptprojekt ist in diesem Jahr die Kampagne „Mein Körper gehört mir“ gegen sexuelle Gewalt und Inzest. Sie arbeiten mit einer Istanbuler Universität zusammen und können so psychologische Hilfe für betroffene Frauen bekommen. Ein Ziel ist es, in jedem KAMER Büro eine Psychologin und eine Anwältin zu haben. Sie haben schon viel erreicht, auch Gesetzesänderungen, die häusliche Gewalt unter Strafe stellen. Wichtig sei jedoch die Umsetzung. Zusammen mit der UN schulen sie deshalb Polizisten. Sie haben auch ein Programm für Flüchtlingsfrauen, die besonders unter sexueller Gewalt litten. Zu den Frauen im Gefängnis haben sie keinen Zugang, sie kümmern sich aber nach der Entlassung um sie.

Ärztekammer Diyarbakir, Dr. Semsettin Koc, Vorsitzender, Dr. Kemal

Karadas, Dr. Mehmet Dursun, Dr. Feru Akay

Sie hören mit Interesse von unserer 15jährigen Geschichte mit ihrer Kammer. Davon hätten die Vorgänger im Vorstand nichts weitergegeben. Ein Schwerpunkt ihrer Arbeit ist die Vorbereitung des 4.Mesopotamischen Ärztekongresses, der vom 7.-9.6.12 in Diyarbakir stattfinden wird. Ein Ziel ist die Etablierung der kurdischen Sprache als Wissenschaftssprache. www.mesopotamiatipkongresi.tr

Die medizinische Fakultät der Dide-Universität sei ganz in islamisch-türkischer (oder AKP-) Hand. Kurdische Professoren hätten ihre Arbeit verloren. Es gäbe keine Zusammenarbeit mehr mit der Ärztekammer.



DERSIM

21.3.12: Newrozfest in Dersim, Rede der BDP-Abgeordneten Gültan Kisanak.

Sie bildet mit Herrn Demirtas die Doppelspitze der BDP. Die AKP sei dabei, ihre historische Chance zu verpassen, die politische Lösung des Kurdenkonflikts herbeizuführen. Damit werde sie von der Bildfläche verschwinden wie andere Parteien vor ihr.

KAMER Dersim im KAMER Hotel, Günes, Haskar und Diren:

Wir Frauen dürfen im neuen Gästehaus von KAMER übernachten. Die Männer bleiben im Hotel Has, in dem wir uns immer sehr wohl gefühlt haben.

Die Frauen berichten, dass sie das Haus mit Hilfe des Gouverneurs, der Sabanci-Stiftung und verschiedener Unternehmer gebaut haben. Ihr ursprüngliches Ziel, finanziell auf eigenen Füßen zu stehen, hätten sie nicht erreicht.

Den Frauen in Dersim geht es vergleichsweise gut. Sie haben mehr Freiheiten, erleben weniger Gewalt. Die Mitarbeiterinnen von KAMER sprechen Frauen an und laden sie zu Schulungen zu verschiedenen Themen ein. Eines der letzten Treffen fand zum Thema Behinderung statt. Daran nahmen auch Behinderte teil. Es gab eine enge Zusammenarbeit mit dem Behindertenverein von Bedri Es, dem wir diesmal nur einen kurzen Besuch abstatten konnten. Behinderungen entstehen hier häufig durch frühkindliche Fieberkrämpfe.

Das Gespräch endet etwas unvermittelt, weil die Frauen zum Sport müssen.

Edibe Sahin, BDP Bürgermeisterin von Dersim und Dursun Demirtas, BDP-Vorsitzender:

Nach einer Befragung der Bevölkerung gibt es in der Stadt drei Hauptprobleme: Arbeitslosigkeit, Staudämme und Drogen.

Die Bevölkerung der Stadt sind mehrheitlich kurdische Aleviten, die ZaZa sprechen, einen kurdischen Dialekt, der von der UNESCO als bedrohte Sprache eingestuft wird. Es gibt eine große Abwanderung aus der Stadt, aber auch Zuwanderung aus den Dörfern. Die Stadt hat versucht, die Kinder der Zuwanderer mit Nachhilfeunterricht zu unterstützen. Der Gouverneur hat das jedoch verboten. Es gibt einen nationalen Rat aller Bürgermeister, die gemeinsam einen Antrag an die Regierung gestellt haben, dass Schulräume in der unterrichtsfreien Zeit für Kurse und Nachhilfe genutzt werden können. Im Westen der Türkei ist das auch realisiert worden, in den BDP-regierten Städten wurde es verboten.

Die Gülenbewegung hat gute Privatschulen in der Stadt. Viele Aleviten fühlen sich dadurch bedroht, da ihre Kinder dort von ihrem Glauben abgeworben werden.

Seit 2011 findet im Juni das Munzur-Filmfestival statt, das inzwischen internationale Künstler und Gäste anzieht. In diesem Jahr hat der Gouverneur ohne Begründung seine Unterstützung verweigert.

22.3.12: Anwaltskammer Dersim: Fatma Kalsen, Vorsitzende, Helin Kuloglu, IHD

Erstes Thema war die Frage der Rückkehr von Binnenflüchtlingen in ihre Dörfer. Es gab anfangs viele Anträge, die angebotene Entschädigung ist aber viel zu gering. Außerdem müssen die Rückkehrer immer noch unterschreiben, dass ihr Dorf von der PKK zerstört worden sei. Große Teile des Landes seien noch militärisches Sperrgebiet und vermint, obwohl die Regierung sich verpflichtet habe, bis 2013 alle Minen zu räumen.

Dann ging es auch hier um die Öffnung der Sammelgräber. Durch die Methoden des Staates würden Beweismittel vernichtet statt Aufklärung betrieben. Der Verdacht, dass in vielen Fällen chemische Kampfstoffe eingesetzt worden sind, kann so nicht entkräftet werden. Das ist ausführlich auf Seite 19/20 beschrieben – ist die Doppelung gewollt?



DIYARBAKIR

23.3.12: KARDELEN, Diyarbakir, Stadtteil Baglar, Frau Mukaddes

Es gibt in Diyarbakir mehrere Frauenorganisationen, die unter der Stadtverwaltung alle gut zusammen arbeiten. Im kurdischen Kampf spielen die Frauen eine wichtige Rolle. Das hat das Bewußtsein verändert und ihnen mehr Rechte eingebracht. Ein großes Problem ist der enorme Bevölkerungszuwachs. In den 50er Jahren hatte Diyarbakir 30 000 Einwohner, jetzt sind es 1.5 Millionen. Im Stadtteil Baglar sind es 150 000.

Die Menschen kamen aus den Dörfern und haben ihre dörflichen Strukturen mitgebracht. 72% der Frauen über 45 Jahre sind Analphabeten, nur 0.04% der Frauen sind berufstätig. Die Kardelen-Mitarbeiterinnen versuchen, die Frauen aus den Häusern zu locken und sie zu schulen.

Es gibt Kurse für jede Altersgruppe. In der Frauenorganisation arbeiten zwei Psychologinnen, die sich um die psychischen Kriegsfolgen bei den Frauen kümmern. Kardelen versucht, auch die Männer in die Arbeit mit einzubeziehen. Die derzeitige Zunahme der Kriegshandlungen und die Behinderung der politischen Arbeit der BDP behindert auch Kardelen's Arbeit für die Frauen.

Melika Dara, Armenierin in der Stadtverwaltung Diyarbakir

Dara arbeitet weiter im Tourismusbüro und nicht in der Erforschung der multikulturellen Vergangenheit der Stadt. Das hat mit den großen politischen Problemen der Stadtverwaltung zu tun und nicht mit deren mangelnder Bereitschaft.

Dara führt uns auf das alte Militärgelände, wo die Renovierungsarbeiten Fortschritte machen. Die große Nestorianische Kirche wird für uns aufgeschlossen, ein wunderschöner Kuppelbau. Die früheren Stallungen waren noch bis in die 90er Jahre ein berühmtes Foltergefängnis der Jitem, der Geheimpolizei. Auch hier sind bei den Renovierungsarbeiten menschliche Überreste gefunden worden, deren Herkunft und Schicksal noch nicht geklärt sind.



MOR GABRIEL

24.3.12: Mor Gabriel, Sekretär Isa Garis und sein Sohn Gabriel

Die türkischen Christen kämpfen weiter um ihre Existenz. Letztes Jahr gab es ein Treffen mit Metropolitern aus Europa bei Gül und Erdogan. Erdogan: „Ihr macht uns schlecht in der Welt, deshalb unterstützen wir Euch nicht.“ Garis: „Es könnte so schön sein in der Türkei mit ihrer reichen Kultur. So wie es ist, ist es eine Schande.“



MIDYAT

25.3.12: Gewerkschaften, Egitim Sen (Lehrergewerkschaft); Ibrahim Halil Efetürk, Resit Aslan und Sinan Demiroglu

Die jungen Lehrer berichten von den schwierigen Arbeitsbedingungen. Immer noch würden viele Kinder ohne Türkischkenntnisse eingeschult und das Türkische würde in sie hineingeprügelt. Lehrer, die versuchen, ihnen auf Kurdisch zu helfen, riskieren noch immer eine Zwangsversetzung. In Midyat haben weder die Erziehungsgewerkschaft noch die Gesundheitsgewerkschaft ein eigenes Büro. Die Erziehungsgewerkschaft Egitim Sen gibt es schon 100 Jahre. Sie steht in der sozialistischen und sozialdemokratischen Tradition und war in ihrer Geschichte oft verboten.

In letzter Zeit entstehen immer mehr staatstreue Gewerkschaften, die unsere Gesprächspartner „gelbe Gewerkschaften“ nennen. Sie müssen sich mit ihnen arrangieren, weil nach dem neuen Gewerkschaftsgesetz Beschlüsse gemeinsam eingereicht werden müssen.

Die beiden Lehrer machen sich Sorgen wegen der angekündigten Schulreform 4+4+4, die es Eltern ermöglichen werde, ihre Kinder schon nach 4 Jahren Grundschule auf eine religiöse Schule zu schicken.

BDP, Vorsitzende Filiz Isik

Wir treffen in den schon bekannten Räumen auf die BDP-Vertreter. Die Vorsitzende wirkt weniger depressiv und angespannt als im Vorjahr. Der Bürgermeister der Stadt sei ein Araber aus dem neuen Stadtteil Estel. Jeder wisse, dass er korrupt ist. Anklagen würden vom Innenministerium niedergeschlagen. Bei den Wahlen habe es viele Einschüchterungen und Manipulationen gegeben. Arme Menschen würden durch Kredite oder günstige Wohnungen in Abhängigkeit gebracht. Die BDP gilt als terroristische Partei. Es gibt sehr viel aggressiven Unmut bei den BDP-VerteilerInnen im Raum über das Verhalten der europäischen Regierungen. Wenn nur eine mit dem Vorwurf des Terrorismus aufhören würde, wäre viel gewonnen.



HAKKARI

26.3.12: IHD und BDP, Ismail Akbulut (IHD), Ahmet Akbulut (BDP), Fersend Tas, Orhan Kopran

Herr Isamil Akbulut, der gerade zwei Monate im Gefängnis war berichtet, dass viele Mitarbeitende (14) des IHD inhaftiert seien und es schwierig sei, mit den wenig verbliebenen Leuten die Menschenrechtsarbeit zu schaffen.

Hauptaufgabe des IHD in Hakari sei, die Angeklagten zum Gericht zu begleiten und Anwälte für sie zu finden. Da die Inhaftierten oft in weit entfernt liegenden Haftanstalten einsitzen, sei es für Familienangehörige sehr schwer, sie zu besuchen. Zwar sei die Solidarität mit den Inhaftierten in der kurdischen Bevölkerung groß, aber schwierig zu handhaben wegen der großen Entfernungen zwischen den einzelnen Haftanstalten. In Einzelfällen könne der IHD helfen, aber bei der großen Zahl der Inhaftierten sei nicht viel möglich.

Die Erdogan-Regierung würde jetzt mit Gewalt versuchen, die Lösung des Kurdenproblems umzusetzen- sowohl gegenüber den PKK-Kämpfern als auch durch

Inhaftierungen zahlreicher Menschenrechtler, Journalisten u.a., die sich kritisch zur Kurdenpolitik äußerten. Unsere Gesprächspartner waren sich einig: Man erlebe gerade einen Rückfall in die 90er Jahre.

In Hakari und Umgebung herrscht eine „totalitäre Kontrolle“, so dass viele Bewohner es vermeiden, die Stadt zu verlassen. Gerade zu Beginn des Frühlings gäbe es vermehrt militärische Operationen, so dass die im Stadtbild unübersehbaren vergitterten Panzerwagen „normal“ seien.

27.3.12: Abdullah Kilinc, stellvertretender Bürgermeister, BDP

Die abgeschlossene Lage der Stadt in den Bergen stellt deren BewohnerInnen immer wieder vor große Probleme. Die Stadt ist voller Polizei und Militär und Gewalt. Es gibt viele Binnenflüchtlinge aber keine Arbeitsmöglichkeiten.

Das Regierungskrankenhaus habe sich gut etabliert. Es gibt eine neue Universität für etwa 1000 Studenten. Das Hauptproblem für die Stadtverwaltung seien die fehlenden Gelder. Die Zentralregierung bestrafe sie für ihren Widerstand mit drastischen Mittelkürzungen. Die Bevölkerung sei sehr arm, könne also wenig Eigenleistung erbringen. Trotzdem gebe es ein Kulturzentrum im ersten Stock des Rathauses, in dem verschiedene Kurse angeboten werden.

Kadinler Danisma (Frauenberatungsstelle), Nazime Bor, Koordinatorin. Sibel Harman

Die Beratungsstelle arbeitet unter der Stadtverwaltung, was viele Schwierigkeiten verursacht, denn die Regierungsstellen boykottieren sie. Zur Beratung kommen Frauen mit häuslicher Gewalterfahrung. Es geht um Hilfe bei der Arbeitssuche, um psychologische Unterstützung oder auch um Scheidungsberatung. Sie suchen die Frauen auch in ihren Häusern auf und laden sie zu Schulungen ein. Ziel ist es, die Frauen zu stärken und sie ins soziale Leben zu integrieren.

KAMER, Zozan

Die Statistiken, die sie bei ihrem Stadtteilprojekt erstellt haben, wurden von den offiziellen Stellen übernommen und werden jetzt die Basis für die Sozialpolitik bilden. Neben den Kursen, die sie weiterhin anbieten, vermitteln sie psychologische Hilfe für vergewaltigte Frauen und versuchen, andere Organisationen für das Thema zu sensibilisieren. Sie haben Zugang zu den Frauen im Gefängnis, die oft in einer verzweifelten Situation sind, weil sie auch von den Familien verstoßen werden.



VAN

28.3.12: Gülbahar Orhan, stellvertretende Bürgermeisterin, Treffen im Container, weil das Rathaus zerstört ist

Das Erdbeben war für Van eine Zeitenwende. Von 480 000 Einwohnern vor dem Beben leben noch 180 000 in der Stadt, 35 000 davon in Containern. Wer es sich leisten konnte, ist weggezogen. Geblieben sind die Armen. Die Stadtverwaltung wurde vom Vali von den Hilfsmaßnahmen ausgeschlossen. Vor 5 Tagen hat der Vali (Gouverneur) bekannt gegeben, welche Gebäude abgerissen und welche repariert werden sollen. Die Bevölkerung vertraue ihm nicht. Nicht Fachleute und Statiker hätten darüber entschieden sondern Parteibuch und politisches Wohlverhalten der Hausbesitzer.

Ömer Isik, IHD-Vorsitzender

Wir treffen uns mit Herrn Ömer Isik in unserem Hotel, da die bisherigen Geschäftsräume des IHD durch das Erdbeben zerstört wurden.

Er berichtet von Schwierigkeiten der Zusammenarbeit bei der Hilfe für die Erdbebenopfer (Ende 2011). Es gab ständig Missstimmungen und Auseinandersetzungen zwischen der Stadtverwaltung und dem Gouverneur, der alle Hilfsmaßnahmen nach seinen Vorstellungen über den Roten Halbmond abgewickelt hat. Auch mit dem IHD und anderen Organisationen, die die Lebensmittelverteilung übernommen hatten, gab es keine Zusammenarbeit.

Sehr besorgt äußerte er sich zu den Anklagen/Verhaftungen im Rahmen der KCK (Union der Gemeinschaften Kurdistans) -Verfahren. Es könne im Grunde jeden treffen. Auch gegen ihn liegt eine Anklage vor. Es wurden Anträge bei der Staatsanwaltschaft für die Öffnung eines Sammelgrabes gestellt, aber es gibt noch keine Reaktion. In den Wintermonaten wurden die Graböffnungen eingestellt.

Im Fall der ermordeten Zivilisten von Roboski hat der IHD jeden Tag die Lebensgeschichte eines der Ermordeten an den Staatspräsidenten Gül geschickt, um zur Aufklärung beizutragen.

29.3.12: Besuch in einer Containerstadt und in einem benachbarten Viertel,

das schwer zerstört ist, aber weiter von den früheren Bewohnern bewohnt wird, die mehr oder weniger behelfsmäßige Zelte neben ihren baufälligen Häusern aufgebaut haben.

Wir konnten zunächst ungehindert auf das Gelände der Containerstadt fahren. Eine junge Frau bot uns an, uns ihren Container zu zeigen. Dort leben sie zu viert in zwei kleinen Räumen mit Bad und Kochgelegenheit, Strom und Warmwasser. Es ist eng, aber sie kommen gut zurecht. Angst hat sie davor, dass der Vali ihr Hochhaus für renovierbar erklärt und sie dann in ihre Wohnung im 6.Stock zurück müssten.

Schon auf dem Weg zu ihrer Wohnung wurden wir von der Lagerleitung gestoppt und nach unserer Genehmigung zum Betreten des Lagers gefragt, später im Büro der Lagerleitung energisch des Lagers verwiesen.

Ein Mitarbeiter der Lagerleitung führte uns dann heimlich in ein Viertel mit weitgehend zerstörten Lehmhäusern, in dem ehemalige Flüchtlinge aus den Dörfern leben. Ihnen habe man keine Wohnung in den Containern angeboten. Dort könnten sie auch gar nicht leben, weil ihre Familien zu groß wären. Für sie gäbe es keine Hilfe, höchstens von der Stadtverwaltung. Deren Möglichkeiten seien jedoch sehr begrenzt.

KESK (11 Gewerkschaften) auch im Container. Sprecher Mehmet Aydemir

In Ankara gab es eine große Demonstration der Lehrgewerkschaft gegen die geplante **Schulreform 4+4+4**, die von der Polizei gewaltsam aufgelöst wurde. Zunächst sollte die Schulpflicht auf 4 Jahre begrenzt werden. Das konnte durch den Gewerkschaftsprotest verhindert werden. Die Schulpflicht beträgt weiterhin 8 Jahre wie bisher. Nach 4 Jahren können die Eltern jedoch entscheiden, dass die Kinder auf eine religiöse Imam Hatip Schule gehen, bisher war das erst nach dem 8. Schuljahr möglich. Außerdem soll verpflichtender islamischer Religionsunterricht eingeführt werden und höhere Schulgebühren sollen erhoben werden. Unterricht in der Muttersprache ist weiterhin nicht vorgesehen.

Es gibt auch viel Kritik an der **Gesundheitsreform**. Sie war schlecht vorbereitet und das Hausarztssystem sei deutlich schlechter als das alte System der Gesundheitszentren. Die vorgesehene Patientenzahl für einen Arzt und eine Schwester sei viel zu hoch. Wenn es, wie in Van, zu wenige Ärzte gäbe, würde diese Zahl noch erhöht, bis es rein rechnerisch reicht. Die Überweisung zu Fachärzten sei sehr begrenzt. Für die Patienten würden immer höhere Zuzahlungen und Eigenleistungen anfallen.

KESK, die sozialistische Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes, hat türkeiweit 250 000 Mitglieder. Die AKP-nahe MemurSen hat mit 500 000 die meisten Mitglieder aller Gewerkschaften. Nach der **Gewerkschaftsreform** sollen in Zukunft Verhandlungen nur mit der größten Gewerkschaft geführt werden. Die Gewerkschaft mit den meisten Mitgliedern soll Mitgliedsbeiträge von allen anderen bekommen und als Vertretung aller gelten. Wenn sich die Gewerkschaften bei Tarifverhandlungen nicht einigen, entscheidet eine Schiedskommission von der AKP. Streikrecht haben die im öffentlichen Dienst Beschäftigten nicht.

Das Erdbeben hat sie alle sehr erschüttert. 100 Stadtbedienstete sind umgekommen, 75 Lehrer und 10 Beschäftigte im Gesundheitswesen. Büros und Krankenhäuser wurden bis auf ein großes Haus am Stadtrand zerstört und sind noch außer Betrieb.

Es gab viel Solidarität aus der ganzen Türkei, besonders von Mitgliedern der SES (Gesundheitsgewerkschaft) und den Ärztekammern.

Deren Hilfsangebote wurde vom Gouverneur nicht akzeptiert. Er hat nur mit ihm politisch nahestehenden Gruppen gearbeitet und seine Hilfe kam auch nur regierungstreuen Bürgern zugute.

30.3.12: Gespräch mit Mehmet,

einem Angestellten des Hotels, der mit seiner Familie in einem Containerdorf lebt. Er hatte mitbekommen, dass wir uns für die Folgen des Erdbebens interessieren und uns ein Gespräch angeboten.

Er habe in einem Lehmhaus gewohnt, das bei dem ersten Beben nur wenig beschädigt wurde. Er sei mit seiner Familie nach Adana zu Freunden gezogen da das Hotel schließen musste. Er habe viel Glück gehabt, weil er Arbeitslosengeld bekam und einen Vorschuss von seinem Chef. Als das Hotel nach vier Monaten wieder öffnete, konnte er mit seiner Familie nach Van zurückkehren und bekam einen Platz in einem Containerdorf. Dort leben sie mit sechs Personen in zwei Räumen.

Wäsche waschen sie noch in ihrem alten Haus, solange es noch steht. Das Leben im Containerdorf ist schwierig, besonders für seine Frau. Die Schule der Kinder ist weit weg, der Schulbus teuer. Trotzdem ist er zufrieden. Mit seinem festen Gehalt und der Solidarität unter den Kollegen geht es ihm viel besser als den meisten Menschen, die heute in Van leben.

Dr. Heval Ayseli, leitet eine Flüchtlingsberatungsstelle, Mülticiler Danisma ve

Destek ofisi, die von TIHV, IHD und seiner linken Ärztegruppe TOSSAD mit Geld aus dem EFF betrieben wird. Die Beratungsstelle arbeitet seit 2 Monaten. Dr. Ayseli begutachtet und therapiert Folteropfer. Für somatisch kranke Flüchtlinge können sie auf ein Netz von ehrenamtlich tätigen Ärzten zurückgreifen. TIHV hofft, ein Rehabilitationszentrum etablieren zu können.

Nazmi Gür, kurdischer Abgeordneter aus Van. Er kommt gerade aus Brüssel

zurück, wo der Fortschrittsbericht zum EU-Beitritt der Türkei vorgestellt wurde. Er ist sehr müde und verbittert. Die Kurden haben in Europa keine Lobby.

„Vom Militärstaat zum Polizeistaat“ ?

Elke Schrage

Bei der Ankunft in Istanbul wurde unsere Delegationsgruppe von der Nachricht empfangen, dass die für den 18.3.12 geplanten großen Newroz-Feiern in Istanbul und Diyarbakir verboten worden waren. Es waren die ersten Verbote seit 12 Jahren. Sie betrafen ebenso viele andere große und kleinere Städte im ganzen Land.

Wem von uns fielen da nicht die hoffnungsvollen Gesichter und die entspannte Fröhlichkeit ein, die in den vorausgegangenen Jahren die Newroz-Feiern in den kurdischen Gebieten geprägt hatten? In Diyarbakir hatten wir friedliche Feiern mit vielen Hunderttausenden von Menschen im großen Stadtpark erlebt.

Und jetzt ? Die Diskussion, ob es sich nun schickt, die Feiern über mehrere Tage zu verteilen und nicht genau am 21.3. abzuhalten, traf ganz offensichtlich nicht den politischen Kern der Verbote.

Entsprechend weniger optimistisch war unser erster Gesprächspartner, der Politologe Dr. Ekrem Eddy Güzeldere. Er hatte in den letzten Jahren eine deutliche Verbesserung der Menschenrechtslage und Bereitschaft zu nicht-militärischer Konfliktlösung in der Türkei aufgezeigt (neues Zivilrecht, Abschaffung der Todesstrafe, neues Strafrecht, Bezug auf die EU und die Kopenhagen Kriterien, Abbau alter Hierarchien, Ansätze von Pluralismus).

Zwar halte die Deeskalationspolitik mit Griechenland an, Juden dürften erstmalig seit 1923 Stiftungen gründen. Bei 150.000 Juden und Christen im Lande seien das aber „nur kleine Stellschrauben“. Das mache gute Presse im Ausland. Die türkischen Kurden zählen hingegen 15 Millionen Menschen.

KCK-Operation und Ergenekon-Prozesse müssten als zwei Seiten derselben Medaille gesehen werden. So sehr die Ergenekon-Prozesse als Entmachtung des Militärapparates positiv bewertet werden, so sehr bedienen sie auch die Machtinteressen von Ministerpräsident Tayyip Erdogan und seiner Partei AKP. Und die bediene auch die KCK-Operation, mit der ebenfalls politische Gegner ausgeschaltet und die Gesellschaft mit einem Bedrohungsszenario in Atem gehalten werde.

Die Anti-Terrorgesetze blockieren z.Zt. grundlegende Entwicklungen: Durch eine Strafgesetzesänderung von 2004, die seit 2006 angewendet wird, kann, wer Ziele einer illegalen Organisation propagiert, wie ein Mitglied dieser Organisation behandelt werden. Auch passive Teilnahme ist strafrelevant. Bei dieser Auslegung von Propaganda wird die Arbeit von Journalisten oder Wissenschaftlerinnen massiv behindert und gefährlich. Als Propaganda gilt u.U. schon die Veröffentlichung eines Interviews oder die wissenschaftliche Befassung mit einem politischen Reizthema, einer Index-Person oder – Organisation und führe zu geradezu absurden Haftmaßfällen. In der Konsequenz dürfe es kein Zufall sein, dass jetzt im ersten Winter seit 15 Jahren die klimatisch bedingte Waffenruhe in den kurdischen Bergen ausgesetzt ist. Die Anti-Terrorgesetze zu ändern, bedürfe keiner Verfassungsänderung, wäre also leicht, bedeute aber den Gesichtsverlust durch ein Fehlereingeständnis.

Herr Güzeldere betont mehrfach die innovative Kraft der AKP nach ihrem Regierungsantritt in 2002. Ihre Auseinandersetzung mit dem Militär war ein Machtkampf über Jahre gewesen, oft auf Messers Schneide. Dieser Regimewandel vom Militärischen zum Zivilen habe nicht wie klassischerweise durch Revolution und anschließende Prozesse stattgefunden, sondern durch Prozesse, die getragen von neuen Identifikationsmöglichkeiten und Hoffnungen verschiedene Gesellschaftskräfte mobilisierte. Entwürfe für eine zivile Verfassung lägen seit 2007 vor. Sie fänden in der z.Zt. wieder polarisierten Situation aber keinen politischen Durchsetzungswillen. Güzeldere erklärt, dass seit drei Jahren die EU kein Thema mehr sei. So fehle jetzt auch gänzlich die jährliche Absichtserklärung der Türkei zu Beitritten. Von türkischer aber auch kurdischer Seite gäbe es deutlich weniger Kontakte zu EU-Politikern z.B. den Grünen in Deutschland. Schweden sei noch aktiv, aber eben kein „big player“. Die EU sollte nach Güzeldere aktiver und konkreter sein.

Auch haben sich die hohen türkischen Erwartungen an eine Rolle als „soft player“ im so genannten arabischen Frühling festgefahren. Einfache Lösungen sind hier nicht zu erwarten.

Es gälte aber genau zu schauen, wie sich die türkische Innenpolitik zwischen Machtinteresse und Mobilisationsmöglichkeit weiterentwickle.

Die AKP komme aus der milli görüs Bewegung, aus den alten Orden. Diese akzeptierten den einflussreichen Emporkömmling, den islamistischen Prediger Fethallah Gülen, nicht. Als die AKP an die Macht kam, habe sie sich der Gülen-Anhänger bedient. Diese waren gut ausgebildet, sprachen Englisch. Heute befänden sich Gülen-Leute in der Verwaltung, aber noch nicht in der Politik (und nicht in den arabischen Ländern). Erdogan werde von den

Mitgliedern der Gülen-Bewegung gehasst und umgekehrt. Diese Interessenkonflikte werden Einfluss auf innertürkische (und innerkurdische) Entwicklungen haben.

Herr Güzeldere gab uns diesmal seinen jüngsten Artikel zu der Rolle der Aleviten in der Türkei mit auf den Weg. Sein Institut plant für 2012 die Herausgabe eines Berichtes zur Situation der christlichen Minderheiten. Der Emanzipationsprozess der Aleviten könne auch exemplarisch für die Situation der Kurden in der Türkei gesehen werden. So wie von dem 99% offiziell postulierten muslimischen Bevölkerungsanteil die Aleviten mit 15-25% die größte nicht-sunnitische Gruppe sind, sind die Kurden mit ca. 20% die größte nicht-türkische. In dem Text beschreibt Prof. Baskin Oran den staatlicherseits gewollten Prototyp eines Bürgers als „LAHSÜMÜT“ (laizistisch – hanefitisch - sunnitisch - muslimisch - türkisch). Mit entsprechender routinemäßiger Diskriminierung aller, die nicht in dieses Schema passen“. „So wie versucht wurde, aus Kurden Türken zu machen, wurde versucht aus Aleviten Sunniten zu machen“ (E.E. Güzeldere in inamo 67, Herbst 2011).

Ob emanzipatorische Kräfte die angestoßene Demokratisierung fortsetzen können, glaubt Güzeldere, hänge jetzt mehr von innovativen Plattformen mit Menschen aus verschiedenen Parteien ab. Herr Güzeldere sieht die kurdische Emanzipationsbewegung als einen Teil davon. Er gibt als Schwierigkeit der augenblicklichen Pattsituation zu bedenken: „Mit den Kurden kann man Wahlen verlieren, aber nicht gewinnen.“

Nach diesem ersten Gespräch mussten wir klären, ob und wie wir an der verbotenen Istanbuler Newroz-Feier am nun folgenden Sonntag teilnehmen würden.

Da Solidaritätsarbeit der Ursprungsgedanke dieser Delegationsreise gewesen war, beschlossen wir, so nah wie möglich an den Ort der zu erwartenden Protestdemonstrationen und hoffentlich auch Feierlichkeiten heranzukommen und dabei einen Beobachterinnenstatus zu wahren.

Nach einem Fußmarsch vom Hotel (öffentliche Busse und die Trambahn waren großräumig eingestellt) fanden wir schließlich doch einen Bus, der Zeytinburnu, den geplanten Veranstaltungsort, anfuhr. Als wir bei strahlendem Sonnenschein dort ankamen, waren die Parkanlagen vor der großen Stadtmauer schon von behelmteten Polizeitrupps abgeriegelt. In einem Katz und Maus Spiel gelang es uns, auf die Reste der alten Stadtmauer zu gelangen. Wir konnten beobachten, wie die Behelmteten rüde gegen den Besucherzustrom vorgingen, aus dem angrenzenden Stadtviertel zum Marmarameer hin war lautes Protestgeschrei zu hören. Ein Durchkommen dorthin gab es für uns nicht.

Die Verwüstungen, die Tränengas- und Knüppelinsätze, die dem Feierverbot in Istanbul folgten, gingen durch die Weltmedien. Ebenso der Bericht von einem infolge des Gaseinsatzes verstorbenen asthmakranken 57 jährigen Mann.

Auf unserem Rückweg stieg dichter, schwarzer Rauch von einem Feuer auf der Autobahn auf, am Straßenrand sahen wir ein Taxi und zwei Stadtbusse mit komplett zertrümmerten Scheiben. Und aufgebrachte Menschen.

Am Abend berichtete uns Berivan, die eingeladene Allgemeinärztin, von einer kurdischen Demonstrantin mit schweren Gesichtverletzungen.

Das für mich eindrücklichste Erlebnis war ein Schlägertrupp junger, pomadisierter Männer in Zivil, die unübersehbar selbstbewusst und geradezu heiter mit langen, angesplitterten Bauzaunlatten und Metallstangen auf der Straße vor der Polizeistation gegenüber unserem Hotel „Grand Liza“ lauerten. Blitzartig wurde klar, was die kleine Gruppe, an den traditionellen Tüchern mit Newrozfarben erkennbaren kurdischen Jungen und Mädchen in die Flucht geschlagen hatte. Sie waren uns sichtlich panisch auf unserem Heimweg zwischen den Fischrestaurants Kumkapis entgegengekommen und dann als einziges Zeichen der Newroz-Tage in diesem ansonsten gleichgültigen Viertel schnell in einer Seitengasse verschwunden.

Die jungen Herren vor der Polizeistation hatten ganz offensichtlich einen Auftrag. Nur zwei dieser zwölf Schlägertypen trug überhaupt einen Gummiknüppel, kein einziger irgendwelche Uniformbestandteile oder Erkennungszeichen.

Eine ähnliche, noch erschreckendere Szene wiederholte sich am folgenden Montag nach unserer Ankunft in Diyarbakir. Auf unserem Weg in die Altstadt Sur stand mitten auf einer dicht befahrenen Kreuzung einer dieser gut geländegängigen, sehr schlichten, sehr erschreckenden total vergitterten kleinen Panzerwagen, denen jedes Abzeichen für eine Zuordnungsmöglichkeit fehlt und die uns später in Dersim und in Hakkari noch zur Genüge begegnen würden.

Da dieses Fahrzeug wenden wollte, sprangen kurzerhand zwei der drei männlichen Insassen mit langen Knüppeln in der Hand heraus und regelten das auf ihre Weise. Gerade dass keine Panik ausbrach, sondern sich völlig selbstverständlich in Windeseile ein freier Raum um diese martialischen Gestalten herum bildete, war für uns unheimlich und besorgniserregend. Vom Gehabe her hätten diese Gestalten vollends einem Milizionärstrupp eines westafrikanischen Bürgerkriegslandes entspringen können.

Mich hat das nachhaltig beeindruckt: Wenn Exekutive so aussehen darf, wird jede Justiz zur Farce, kann jeder Parlamentsbeschluss an die Wand gedrückt werden.

Schon auf unserem Weg vom Flughafen in die Stadt hatte uns unser Taxifahrer bestätigt, dass es am Vortag in Diyarbakir schwere Ausschreitungen gegeben habe, Hunderttausende aber dennoch zum Festplatz vorgedrungen seien.

Die Hauptstraße dorthin habe anschließend ausgesehen wie ein Kriegsgebiet. Wenn auch die Polizeikräfte, die bewusst aus anderen Regionen zusammengezogen werden, schließlich vor den Menschenmassen kapitulieren mussten. Ein fröhliches Fest sei es entsprechend nicht gewesen, sondern nur eine Protestaktion.

Unser erster Gesprächspartner in Diyarbakir, der Sekretär und Stellvertreter des Vorsitzenden beim IHD, Raci Bilici, erklärte uns dann das Wesen besagter Schlägertrupps als Spezialeinheiten der Zivilpolizei, die „nur in politischen Situationen zum Einsatz kommen“ und „bei juristischen Anklagen immer Recht“ bekämen. Die AKP habe kein Vertrauen ins Militär. Die AKP habe von Anfang an versucht, das Militär zu entmachten und darum die Polizei aufgestockt. Auch die Justiz sei gewendet, nicht länger dominiert von den Kemalisten, sondern spiele jetzt der AKP und den Gülen-Leuten zu. Neutral sei die Justiz vorher und nachher nicht gewesen.

Seine Meinung ist: „Die Türkei ist von einem Militärstaat zum Polizeistaat geworden“.

Herr Bilici stellt uns den IHD-Bericht 2011 auf Türkisch vor (Ein IHD Bericht zu Chemiewaffeneinsätzen liegt auch auf Englisch vor): www.ihd-tr.org

29.366 Menschenrechtsverletzungen seien von ihnen 2011 in den kurdischen Gebieten dokumentiert worden. Davon 1555 Fälle von Folter durch staatliche Organe. Es gäbe keine Meinungsfreiheit, sondern chronischen Druck auf Menschenrechtsaktivisten. 1917 (von 6000 festgenommenen) Personen von Zivilorganisationen seien neu inhaftiert worden. In den Gefängnissen gäbe es Übergriffe auf politische und nicht-politische Gefangene. Die politischen Häftlinge haben aber mehr Bewusstsein und meldeten sich eher beim IHD.

Klagen vor dem EGMR könnten zwar dazu führen, dass der Staat Entschädigungen zahlen müsse, einem toten oder kranken Menschen nütze das aber wenig.

Besonderes Augenmerk habe der IHD z.Zt. auf die Situation schwer erkrankter Häftlinge. So habe es schon 113 Todesfälle wegen nicht adäquater medizinischer Behandlung gegeben. Die Gerichtsmedizin sei für medizinische Begutachtung in türkischen Gefängnissen zuständig. Sie sei staatlich und nicht für Neutralität bekannt. Dem IHD seien 119 Krebspatienten bekannt, die nicht adäquat behandelt würden und insgesamt 108 tödlich Erkrankten würde

Haftentlassung zu dringend erforderlichen Therapien oder selbst dann verweigert, wenn es nur noch darum ginge, „zu Hause in Würde zu sterben.“

Herr Bilici nennt Namen und Einzelfälle. Er schildert diese Fälle als sehr dringend.

Weiterhin berichtet Herr Bilici von der besonderen Problematik der Anti-Terrorgerichte: „Erst sehr langsam sickert durch, dass Anti-Terrorgesetze und -urteile auch legale politische Äußerungen betreffen können, dass viele politisch Inhaftierte demnach gar keine Straftäter sind. Leider hat all dies mit der Grundeinstellung zu tun, d.h. mit dem Kurdenproblem.“

Ein weiteres Thema sind die Sammelgräber mit Verschwundenen und im Krieg Getöteten.

Insgesamt gehe der IHD von 250 Orten mit ca. 3000 Leichen aus. Eine hohe Dunkelziffer sei nicht auszuschließen.

Wegen des Winters haben die Graböffnungen ruhen müssen. Auch lehne man Graböffnungen durch den Staat ab und fordere nach dem entsprechenden Minnesota-Protokoll eine ausführende Kommission, die erstens unabhängig und zweitens fachkompetent sei. Auch bestehe der IHD auf einer Identitätsfeststellung, der Feststellung von Todesursache, Art des Waffeneinsatzes und von Folterhinweisen. Doch lehne die staatliche Seite nicht nur die Identitätsfeststellung ab, ihre Praktiken, Gräber mit Bulldozern zu eröffnen, kämen auch einer Beweisvernichtung gleich.

Im Januar 2012 seien durch Privatsuche zwei Gräber gefunden und eröffnet worden. In einem fanden sich die sterblichen Überreste von drei Menschen, die alle Tüten über dem Kopf und schwere Knochenbrüche aufwiesen. In dem anderen Grab wurden Überreste von sechs Jitem (=Geheimdienstorganisation der Polizei)-Opfern gefunden.

Doch seien Anklagen selbst dann vergeblich, wenn die Mörder bekannt seien.

Die Gerichte hätten „besondere Befugnisse und direkten Staatsauftrag“.

Lediglich zu den Massakern der Kemalisten in Dersim (1938) gäbe es jetzt Veröffentlichungen. Erdogan versuche damit seinen politischen Gegnern von der CHP zu schaden. Die Archiv-Veröffentlichungen zeigten, dass es nicht nur einen sehr zynischen offiziellen staatlichen Einsatzbefehl gab, „Alle Männer, Frauen und Kinder zu töten, aber nicht die Natur zu zerstören.“, sondern beweise die Existenz einer staatlichen Kartographie aller Sammelgräber.

„Wenn dieser Staat nur eine Katze tötet, wird er es dokumentieren und archivieren.“

Herr Bilici bedauert: „In deren Augen sitzen in den Gefängnissen nicht Demokraten, nicht Menschenrechtsaktivisten, nicht Wissenschaftler, nicht Historiker wie der Armenierforscher Ragıp Zarakolu, sondern pauschal KCK- oder Ergenekon-Leute.“

Das Rathaus von Diyarbakir lag in spürbar bedrückter Stimmung. Dass OB Osman Baydemir uns an diesem Tag überhaupt empfing, wunderte uns sehr.

Er tat das auf seine entwaffnende Art mit Haltung und ruhiger Angemessenheit und beeindruckte uns sehr.

In Diyarbakir habe es am Vortag noch aggressivere Übergriffe gegeben als in Istanbul. „Die Gasangriffe waren ein Schock für die vielen Frauen und Kinder.“

Er sehe keinen Unterschied mehr zu den 90zigern.

Am 17.3. seien alle Lautsprecher der BDP beschlagnahmt worden (so habe man Hunderttausende Menschen gegen Helikopterlärm mit Buslautsprechern anreden müssen), am 18.3. morgens um 5 Uhr seien alle Stadtbusse samt Fahrern festgesetzt worden. Die Menschen haben sich dann zu Fuß auf den Weg gemacht. Als mit einem Stimmenanteil von 66% gewählter OB sei er im Bus mit 30 Abgeordneten und Bürgermeistern von den Einsatzkräften des Vali / Innenministeriums mit Wasserwerfern, Gas und Panzern attackiert worden, später auch der PKW, in den er umgestiegen sei und danach auch er als Person, die zu Fuß unterwegs war.

Auf unsere Frage, welche Rechte er als OB gegenüber der Polizei habe, folgt ein Lächeln. Herr Baydemir überlegt. „Ich habe das Recht von der Polizei geschlagen zu werden.“ (Dieses Lächeln oder auch Unverständnis begegnen uns oft, wenn wir nach Rechten gegenüber staatlichen Einsatzkräften fragen.)

Herr Baydemir spricht von 6000 kurdischen Inhaftierten. 140 gewählte Bürgermeister/ innen und Stadträte von der BDP seien in Haft, ihn selbst erwarteten 301 Jahre Gefängnis, wenn er seine bisherigen Anklagepunkte zusammenrechne. Dennoch betont er: „Die Lösung liegt in legaler politischer Auseinandersetzung“. Keine Regierung habe eine Überlebenschance, die das Kurdenproblem nicht friedlich löst, ganze Parteien wie die von Ciller oder Ecevit seien schon im Nichts verschwunden. Sorgen mache er sich, dass die Regierung mit aggressivem Blick auf die Kurdenfrage in Syrien intervenieren könnte und damit zum außenpolitischen Aggressor mit unübersehbaren Folgen werden könnte.

Am nächsten Tag berichtet auch Mehmet Emin Aktar, Vorsitzender der Anwaltskammer Diyarbakir: „Eine Feier, die freudig sein sollte, führte zu Kriegszuständen.“ Zwar seien Verhaftungen besser als die Morde der 90ziger.

Damals habe man sich gefreut, wenn jemand in U-Haft war und nicht tot oder verschwunden. Als er 1992 inhaftiert war, konnte er einen Arzt bitten, seine Familie zu informieren. Aber auch mit der jetzigen Konfrontationspolitik bliebe alles beim Alten. Wenn es keine gemeinsame Linie von Zivilgruppen, Polizei, Justiz, Unternehmern etc. gibt, käme es lediglich zur Verwaltung des Problems.

Seit dem Osmanischen Reich würden Bürger traditionell als Diener des Staates gesehen, Kritiker als Feinde. Beamte seien keine neutralen Personen, sondern Vertreter des Staates in diesem Sinne. (In Deutschland sind doch Beamte auch Staatsdiener!)

Die Justiz stärke die Repressionspolitik der Exekutive durch ihre Urteile.

„Würden mehr Menschen freigesprochen, würden auch weniger inhaftiert.“

Die Anwaltskammer weise ständig auf Fehlurteile hin. Es gäbe noch Sondergerichte in acht Provinzen. Die Kammer habe nicht die Infrastruktur, alle Fälle zu erfassen. Auf unsere Fragen zu den Verschwundenen berichtet er, dass die Staatsanwaltschaft zwar jeden Fall dokumentieren, aber keine Angaben zu Zahlen machen muss. Unsere Frage nach agents provocateurs bejaht er als „selbstverständlich.“ Gerade gäben vier Angeklagte in Nusaybin dies unumwunden zu.

2009 habe es wirklich Hoffnung gegeben, als es zu Vereinbarungen zwischen PKK und Regierung kam. Ein neuralgischer Wendepunkt sei gewesen, als es politische Freitagsgebete auf Kurdisch außerhalb der Moscheen gab. Da sei BDP Gedankengut mit dem der AKP in Konkurrenz getreten.

Als im April 2009 die hohen Kommunalwahlergebnisse für die BDP bekannt wurden, habe zeitgleich die KCK-Operation begonnen.

Woher nimmt er die Kraft für seine politischen Arbeit? Das sei eine Gewissenfrage. Für ihn „gibt es in der kurdischen Frage nur den Gandhi-Weg. Wenn man keine Idee hat, wie ein Problem zu lösen ist, dann ist man Teil des Problems.“

Am 21.3. erleben wir in Dersim mitten in der Stadt unsere einzige Newroz-Feier für dieses Jahr. Es ist ein eher bescheidenes, von Parteifahnen dominiertes Fest.

Anschließend haben wir abends die Möglichkeit eine beeindruckende BDP-Bürgermeisterin zu treffen, Edibe Sahin, die unsere Gruppe spät noch im Rathaus empfängt. Sie berichtet, dass aufgrund der Repressionen per Beschluss auf Musikanten verzichtet wurde. Ihr Stellvertreter Nuray Atmaca sitzt im Rahmen der KCK-Operation noch im Gefängnis. Sie berichtet von Erfolgen und Rückschlägen. 25.000 Menschen seien auf eine Telefonkette hin zusammengeströmt und hätten die Vermessungsarbeiter vertrieben, die eines der sehr umstrittenen Staudammprojekte einleiten sollten. Das Bewusstsein zu diesem Thema steige in

der Bevölkerung Jährlich würde auch ein Natur- und Kulturfestival veranstaltet. Das Menschenrechts-Filmfestival, das 2011 erstmalig in Dersim stattfand – open-air, denn in Dersim gibt es kein Kino – und das sehr viel, auch internationales Lob einbrachte, ist für 2012 strikt verboten worden. Noch ist unklar, was die Wende in der bisherigen guten Zusammenarbeit mit dem Vali bewirkt hat, der 75% des letzten Festivals finanziert habe.

Die Stadt leide unter einer hohen Abwanderung als strukturschwaches, abgeriegeltes Gebiet. Ein hoher Zustrom von Binnenflüchtlingen aus den Dörfern bedeute ein Bildungsproblem, dem man mit der Eröffnung eines Bildungszentrums entgegenwirken wolle. Obwohl es einen Parlamentsbeschluss gebe, die Kapazitäten der öffentlichen Schulen nachmittags und in den Ferien für Kultur- und Bildungsprogramme nutzen zu lassen, sei genau dies jetzt überall im Lande für die Gemeinden mit BDP-Mehrheit verboten worden.

Gegenüber der Gülen-Bewegung wachse jetzt ein Bewusstsein, dass eine religiöse Indoktrination der alevitischen Schüler in den Gülen-Schulen zu beobachten sei. Bei 70% Aleviten gäbe es nur ein Cem-Haus (Gebetshaus der Aleviten), aber für 30% Muslime drei Moscheen.

Der zentrale staatliche Verteilungsschlüssel für Gemeindehaushalte beachte die 11.000 Militärs genauso wenig wie 3000 Studenten, die aber dennoch die hiesige Infrastruktur nutzen. Von 11 Millionen Lira jährlich brauche sie allein schon 9 Millionen für öffentliche Gehälter. Erst zum Schluss erzählt sie uns, dass sie selbst in den 80zern im Gefängnis saß. Danach sei sie 15 Jahre aus Dersim verbannt worden ohne Besuchserlaubnis, weil sie als gefährliche Person eingestuft worden war. Ihr Foto habe sie jetzt bewusst nicht in der Eingangshalle in die Galerie der Bürgermeister aufgehängt, weil dort noch das Bild des Militäarchefs hänge, der sie verbannt habe und später Bürgermeister wurde.

Am 22.3. können wir in einer lebhaften Runde von Fatma Kalsen, Vorsitzende der Anwaltskammer Dersim, Helin Kuloglu (IHD) und anderen Aktivistinnen Auskunft bekommen. Im Rahmen der KCK-Operation saßen die Vorsitzende des hiesigen Alevitenvereines und drei weitere Aktivistinnen noch in Malatya im Gefängnis. Ein neues Gesetz solle die Verfahren vor dem EGMR stoppen. Die Rückkehrerprogramme in die vertriebenen Dörfer seien unbefriedigend: Die Entschädigungen seien zu gering, Minen und Blindgänger seien trotz Absichtserklärung nicht geräumt, es gäbe keine Infrastruktur in den Dörfern, es gäbe den Zwang, eine Erklärung zu unterschreiben, dass die PKK die Schäden in den Dörfern verursacht habe. Es gab keine Verurteilungen oder Anklagen bei Morden wie an dem RA Metin Can Hasankay. Kritisch sei auch die ungeklärte Frage des Einsatzes chemischer Waffen. Die diesbezügliche Untersuchung auffälliger toter Wildtiere habe die Forstbehörde abgelehnt. Seit der Erklärung der AKP, die PKK zu vernichten, scheine aber der Einsatz von Chemiewaffen anzusteigen.

Zu den Sammelgräbern berichteten sie, dass auf Druck der Anwältin Aytan Öztürk sich jetzt die Menschenrechtskommission des Parlamentes mit dem Fall des Dorfes Mirg beschäftige, wo 1994 eine siebenköpfige Familie verschwunden und ein sie suchender Verwandter ermordet aufgefunden wurde.

Das Verfahren eingestellt und die Graberöffnung verboten wurde in Cemik Cesek, wo laut Medien PKKler mit Chemiewaffen getötet worden sein sollten und Dörfler diese nach den Ritualen bestatten wollten.

Hüznü Yildiz, Bruder eines 1997 getöteten PKK Guerilla, ging in Hungerstreik für die Erlaubnis dessen Grab zu öffnen. Dabei wurden überraschend drei Sammelgräber gefunden, die Graböffnung sogleich verboten und erst ermöglicht, nachdem sich die Sozialministerin Fatma Sahin persönlich eingeschaltet hatte.

Entgegen den pauschal immer wieder vorgebrachten staatsanwaltschaftlichen Aussagen und Aktennotizen, dass PKKler respektvoll bestattet würden, war das hier nicht der Fall.

Es gibt in der Türkei eine Verordnung, wie Menschen zu bestatten sind:

Auf Staatsgebiet, nach den Ritualen (gewaschen, im Leichentuch u.a.) respektvoll u.a.. Als auf Hüzün Drängen im August 2011 das Grab seines Bruders geöffnet wurde, fand die Kommission 14 Leichen, bekleidet, stark verstümmelt, mit Anzeichen von Chemiewaffen, auf einem einfachen Acker. Mit dem Beweis eines Sammelgrabes und nicht ritueller Bestattung war klar, dass rechtliche Vorgaben nicht beachtet wurden. Anstatt zu ermitteln, stellte die Staatsanwaltschaft das Verfahren ein. Die Kammer geht davon aus, dass um Dersim noch 54 Tote ähnlich verscharrt sind. Auch die Anträge für Ovacik u.a. seien abgelehnt.

„Auf rechtlicher Ebene gibt es keine Fortschritte, da ist kein politischer Wille.“

Auf unsere Frage nach Einschüchterungen berichtet die Kammervorsitzende, dass sie am Tage der Gräberöffnung von der Polizei verfolgt und verhört worden seien. Als sie den Antrag auf die Eröffnung gestellt habe, habe der Staatsanwalt sehr direkt gefragt, ob sie denn keine Angst habe.

Zu systematischer Folter der Polizei sagt sie, die habe in den Anfangsjahren der AKP abgenommen, aber in letzter Zeit gebe es wieder eine andere Entwicklung. Eine geänderte Methode zeige sich in der gesamten Türkei: Sie haben Meldungen von drei Familien, dass Jugendliche bei ihrer Verhaftung zusammengeschlagen wurden, mit sexuellem Übergriff bedroht (Kameras wurden abgestellt, sie mussten ihre Unterwäsche ausziehen) und auch damit, auch bei gewonnenem Verfahren die Kosten selbst übernehmen zu müssen. „Die AKP scheint diese Angstglocke läuten zu wollen“

„Die jungen Leute haben nur die Wahl ins Ausland zu gehen oder in die Berge.“

In Hakkari treffen wir am 26.3. den Vorsitzenden des IHD, Ismail Akbulut, der erst vor einem Monat aus Haft entlassen wurde und jetzt auf sein Verfahren wartet. Zur anwesenden Aktivistengruppe gehört auch sein Bruder Ahmet Akbulut, der BDP-Vorsitzende von Hakkari. In Hakkari gebe es noch 14 inhaftierte IHD-Mitglieder, in Semdinli eines, ein dortiges Vorstandsmitglied sei untergetaucht. Diese Kräfte fehlten jetzt bei der Menschenrechtsarbeit. Einen Rechtsanwalt im IHD gäbe es hier nicht. Erstmals sitzen wir einer reinen Männergruppe gegenüber, während der hohe Frauenanteil an den anderen Orten direkt auffällig war. Schon unser erster Gang durch diese bergige Kleinstadt, die Militärpräsenz in der Stadt und auf den umliegenden Bergspitzen, hatten uns wieder mit der besonderen Lage und Stimmung Hakkaris konfrontiert.

Unsere Gesprächspartner nennen es auch das „Konzept der totalen Kontrolle“:

Vermehrt Hausdurchsuchungen, Straßensperren, Einschüchterungen beim Picknick am Fluss, Passierverbote. Anders als in Dersim, wo uns auch reichlich Militärpräsenz aufgefallen war, hebt in Hakkari das Straßenleben diese Beklemmung aber nicht auf.

Die Männer berichten für 2011 von 347 Festnahmen, 167 Inhaftierten, 102 von der Polizei Verletzten, 5 Toten in der Provinz Hakkari. Als zwei Personen bei Demonstrationen in Yüsekova erschossen wurden, habe der Gouverneur das Verfahren nicht zugelassen, „weil man nicht weiß, woher die Schüsse kamen.“

Der IHD habe 2011 acht Presseerklärungen abgegeben, helfe den Familien der Inhaftierten, oder Auswärtigen, die hier in Haft seien. Angehörige müssten oft weite Wege zurücklegen, für die ihnen die Mittel fehlten wie bei 23 Inhaftierten aus Hakkari in einem Gefängnis bei Trabzon.

Es gibt in Hakkari 44 NGOs in einer „sozialen Plattform“, für die der IHD den Sprecher stelle. Seit der KCK-Operation haben sich aber viele NGOs aus der öffentlichen Arbeit zurückgezogen. „Obwohl bei der letzten Wahl in Hakkari über 90% BDP gewählt haben, finden sich unter dem Druck der zunehmenden Repressionen kaum Mitglieder, die sich öffentlich exponieren.“

Sie berichten, dass IHD Mitglieder sehr früh am Schauplatz des Militärverbrechens in Roboski waren. Empörung und Trauer sind noch sehr frisch.

Als im letzten November 24 Tote bei dem Dorf Kazan Dipisi zu beklagen waren und Verdacht auf einen Gasangriff bestand, habe der Staatsanwalt den dortigen IHD-Vorsitzenden erst unter Druck gesetzt. Dann, als eine deutsche Delegation den Ort besuchte, sei er in Haft gewesen. Zu dem vermuteten Gas gäbe es die Aussage, es habe nach Apfel gerochen, Betroffene seien nach 30 Minuten tot gewesen.

Auch der OB-Stellvertreter von Hakkari, Herr Abdullah Kilinc, berichtet uns von Sorgen um den Einsatz von Chemiewaffen. Eine Erhöhung von Krebsraten in der Region sei nicht auszuschließen. Für Magenkrebs sei dieser Eindruck entstanden. Gerade Bergkräuter seien in der Küche der Region sehr beliebt und möglicherweise kontaminiert. Für Lungenkrebs mache man eher die Kohle der schlechteren Qualität verantwortlich, die den Menschen hier zum Heizen zugeteilt werde.

Hakkari stehe an erster Stelle der Arbeitslosenstatistik im Lande. Sie würden gerne von Bodenschätzen, ihrer Naturschönheit und Tourismusköglichkeiten profitieren. Aber auch mit Geld allein ließe sich das Kurdenproblem nicht lösen.

Während uns die pragmatische stellvertretende Bürgermeisterin Gülbahar Orhan im Erdbeben zerstörten Van in ihrem Rathaus-Container viele Beispiele von Verteilungsungerechtigkeit und Blockaden von staatlichen Stellen an BDP-Projekten aufzählt, wird klar, wie tief dieser Konflikt sitzen muss, wenn selbst eine solche Katastrophe diese Kluft nicht aufhebt. Für den Wiederaufbau sei hinderlich, dass die Konzepte der staatlichen Baugenossenschaft Toki „nicht den regionalen Hauskonzepten entsprechen“, die Bausicherheit in Bezug auf Erdbeben nicht überprüft werden könne und vor allem die Lizenzvergabe nicht neutral sei. Trotz dieser staatlichen Blockade sei es aber eine beeindruckende, effektive Hilfswelle aus der Türkei und dem Ausland gewesen.

Für den IHD Van berichtet uns Ömer Isik in unserem Hotel, weil das IHD-Büro noch zerstört ist. Auch er berichtet von Repressionen im Rahmen der KCK-Operation. Auch gegen ihn laufe eine Anklage, weil er als Vorsitzender der sozialen Plattform zwölf völlig legale Friedensvorschläge gemacht habe.

Insgesamt seien Aktivisten in Van wegen des Erdbebens wohl etwas sanfter behandelt worden, aber er erwarte eine Zunahme der Prozesse, wenn demnächst der Plan aufkomme, wer bauen darf und wer nicht.

Es sei schon sehr komisch, wenn selbst IHDlern bei Verhaftungen gedroht wird: „Wenn du einen Rechtsanwalt holst, verlängert sich alles, wenn Du verzichst, bist du in 5 Minuten frei.“ Ein neues Vorgehen sei auch das Angebot, bei einem Schuldbekennnis das Verfahren fünf Jahre auf Eis zu legen, was er selbst erlebt habe.

Herr Isik berichtet ausführlich von den Konflikten um die Öffnung von Sammelgräbern, über den Verdacht von Gaseinsätzen und die Mordaktion von Roboski, zu der es inzwischen auf YouTube unter dem Stichwort roboski, Kurdistan auch Berichte und Filme des IHD gäbe, aber nach 90 Tagen immer noch keine staatliche Aufklärung, obwohl dort 34 Menschen umgekommen seien.

Es bestehe der Verdacht, dass das Militär zunehmend wieder Menschen liquidiere. Nicht nur wegen dieser Fälle hoher ziviler Opferzahlen, sondern auch weil PKK Guerillas nicht mehr festgenommen, sondern gleich erschossen würden.

Seine Antwort auf unsere Frage, wie denn diese Militäraktionen zu der oft behaupteten „innenpolitischen Entwicklung vom Militärstaat zum Polizeistaat“ stehen, war, das sei kein Widerspruch, sondern nur die zweite Phase.

Wir beenden diese Delegationsreise mit der offenen Frage, zu welchen Anteilen grundlegende Demokratisierung stattfindet und zu welchen Anteilen nur ein Machtapparat in andere Hände geht, wie sehr ein grundsätzliches Interesse an De-Militarisierung besteht oder mehr an einer Ausschaltung politischer Gegner und Konkurrenten.

Die zukünftige Entwicklung dürfte, wie Herr Güzeldere immer betont, aus vielfältigen Mosaiksteinen bestehen.

Eines der hoffnungsvollen davon war die Aussage eines Sportdozenten der Hochschule in Dersim, er wolle in der Region bleiben, weil er sich hier trotz aller Nachteile heimisch fühle und nicht so anpassen müsse wie im Westen.

Wenn in all dem harten Ringen um Liberalisierung und Pluralismus doch reale soziale Lebenswelten entstehen könnten, die es Fachleuten und Familien und Menschen allgemein ermöglicht, da zu leben wo und wie sie sich heimisch fühlen.

Wir hoffen, dass das nicht vom Erlöschen der Innovationskraft einer Partei abhängt, sondern breitere Identifikationsplattformen findet.

Zu den KCK-Verfahren

Mehmet Desde

In der Türkei herrscht Krieg; seit nunmehr über 25 Jahren; jedenfalls wenn man Krieg als „bewaffnete Auseinandersetzung, bei der im Jahr mehr als 200 Menschen sterben ...“ versteht. Dieser Krieg bestimmt das gesamte soziale und politische Leben in der Türkei und in Nordkurdistan. Er hat mein Leben verändert: Meine Heimatstadt – im Pass vermerkt – liegt im Kriegsgebiet. Als Kurde war ich schon verdächtig. Meine Herkunft lieferte mich der Polizei und Justiz aus. Ich wurde gefoltert und unschuldig verurteilt – wie viele andere.

In diesem Artikel werden nicht die Probleme der Kurden in der Türkei, sondern die geschichtliche Entwicklung und die Massaker an den Kurden behandelt. Hier geht es um einen Teil der KCK- (Union der Gemeinschaften Kurdistans) Verfahren. Aber zunächst möchte ich kurz über das "Gesetz zum Kampf gegen den Terrorismus", das die Grundlage der Verfahren bildet, informieren.

Das "Gesetz zum Kampf gegen den Terrorismus" (das Anti-Terror Gesetz = ATG) wurde am 12.04.1991 verabschiedet. Danach wurden an dem Gesetz viele Änderungen vorgenommen. Am 29.06.2006 wurde das neue "Gesetz zum Kampf gegen den Terrorismus" verabschiedet. Es trat am 18.07.2006 in Kraft. Das neue ATG ist wichtig, um zu beschreiben, welchen Weg die Türkei eingeschlagen hat. Unter dem Vorwand des "Kampfes gegen Terror" wurde ein System geschaffen, das die persönlichen Rechte und Freiheiten missachtet, verletzt und die Sicherheit der Individuen beseitigt. Wer Meinungen äußert, schreibt und in Opposition zum Staat steht, wird vor Sondergerichten angeklagt und ins Gefängnis gesteckt. In diesem Zusammenhang muss folgende Frage gestellt werden: Was sind die Maßstäbe, um in der Türkei als "Terrororganisation" zu gelten? Alle illegalen Strukturen und Einrichtungen, die nicht das türkische Staatssystem vertreten, die oppositionell sind, gelten als "Terrororganisation". Einige Einrichtungen und Personen, die nicht als "Terrororganisation" bzw. deren Mitglieder gelten, werden unter dem Vorwand der Unterstützung von "Terrororganisationen" angeklagt und verurteilt.

Das "Gesetz zum Kampf gegen den Terrorismus" sieht vor, dass das Strafmaß für "Schuldige" um die Hälfte angehoben wird. Für jedes Delikt werden gesonderte Strafen verhängt. Die angehobenen Strafen gehen bis zu erschwerter lebenslanger Haft. Wenn die Vergehen mit Hilfe der Presse oder in Publikationen begangen werden, dann werden die Verantwortlichen der Publikation, die nicht am Vergehen beteiligt waren, mit Geldstrafen von 1000 bis 10.000 Tagessätzen belegt. Gründer und Leiter von "Terrororganisationen" werden nach Artikel 314 des Türkischen Strafgesetzes (TSG) angeklagt und mit Haftstrafen von 10 bis 15 Jahren verurteilt. Wer Aktionen der Organisation veranstaltet, wird als Leiter der

Organisation bestraft. Mitglieder der Organisationen erhalten Strafen von fünf bis 10 Jahren Haft. Wer Propaganda für eine "Terrororganisation" betreibt, erhält eine Strafe von ein bis drei Jahren Haft. Wenn dieses Delikt mit Hilfe der Presse oder Publikationen begangen wird, wird die Strafe um die Hälfte angehoben. Neben einer Geldstrafe werden Herausgeber und Verantwortliche von Publikationen, die nicht an der Straftat beteiligt waren, auch bestraft. Wer bei Versammlungen oder Demonstrationen sein Gesicht verhüllt, Embleme oder Zeichen der Organisation trägt, Parolen ruft, Tongeräte benutzt, Einheitskleidung trägt wird wegen "Terrorat" bestraft. Wenn diese Vergehen in geschlossenen Räumen stattfinden, dann werden die Strafen um die Hälfte angehoben.

Im ATG werden unter dem Begriff "Terroräter" Personen, die als Mitglieder der Organisationen, die zum Erreichen der Ziele gebildet wurden, im Sinne dieser Ziele mit anderen oder alleine Straftaten verüben, selbst dann als Terroräter behandelt, wenn sie die Straftat nicht selbst begehen. Wer einer "Terrororganisation" nicht angehört, aber Straftaten im Namen der Organisation begeht, gilt als "Terroräter". Eine Person, die keiner "Terrororganisation" angehört, wird sowohl für die begangene Straftat als auch für Mitgliedschaft in der Organisation bestraft. Vermummung wurde zu einer gesonderten Straftat. Jeder, der sein Gesicht verhüllt, um nicht notiert zu werden, nicht möchte, dass sein Gesicht in der Presse erscheint, wird mit einer Haftstrafe von ein bis fünf Jahren belegt.

Alle "Terroräter" werden vor Strafkammern mit Sonderbefugnissen angeklagt. Falls es die Ermittlungen gefährdet, darf auf Anweisung des Staatsanwalts nur ein Verwandter von einer Festnahme unterrichtet werden. Ein Verdächtiger darf nur die Hilfe eines Anwalts in Anspruch nehmen. Das Recht auf ein Gespräch des Verdächtigen mit seinem Anwalt kann auf Anweisung des Staatsanwalts 24 Stunden verschoben werden. Allerdings darf der Verdächtige in dieser Zeit nicht einvernommen werden. Was aber passiert in diesen 24 Stunden? Es wurde durch Gesetz garantiert, dass der Verdächtige in den 24 Stunden nicht gefoltert oder misshandelt wird. Auch wenn die Person unter einem Sondergesetz angeklagt ist, besteht das Recht auf ein faires Verfahren. Es ist auf Anweisung des Staatsanwalts und nach richterlichem Beschluss möglich, das Recht des Anwalts auf Akteneinsicht und Anfertigen von Kopien zu beschränken. Wiederum auf Anweisung des Staatsanwalts und nach richterlichem Beschluss ist ein Beamter beim Anwaltsgespräch anwesend und kontrolliert die Dokumente, die ausgetauscht werden. Nach dem ATG werden die Strafen nicht zur Bewährung ausgesetzt und auch nicht in Geldstrafen verwandelt. Wenn Polizisten wegen Folter oder Misshandlung vor Gericht kommen, werden ihnen drei Anwälte zur Seite/zur Verfügung gestellt und deren Kosten werden vom Staat übernommen.

Am 29. März 2009 fanden in der Türkei regionale Wahlen statt. Der Vorgänger der BDP, die Partei der Demokratischen Gesellschaft (DTP), erreichte dabei 2.566.000 Stimmen und stellte danach in 99 Orten den Bürgermeister. Die BDP führte einen Wahlkampf ohne gleiche Rechte mit den Staatsparteien zu haben. Allen Behinderungen zum Trotz erhöhte die BDP den Stimmenanteil, und bei den Bürgermeistern wurden die bislang 56 Amtsinhaber auf 99 erhöht. Die BDP hatte bei den lokalen Wahlen gesiegt. Der Sieg der BDP gefiel einigen Kreisen nicht. 16 Tage nach den regionalen Wahlen wurden am 14. April 2009 54 Leiter und Mitglieder der BDP festgenommen. Das war die erste Verhaftungswelle unter dem Namen KCK (Union der Gemeinschaften Kurdistans). Es wird behauptet, dass die KCK die städtische Struktur der PKK sei! Bei dieser ersten Verhaftungswelle, die auf seit 2007 abgehörten Telefonaten und Gesprächen im freien Gelände sowie technischer Überwachung beruhte, wurden Haftbefehle gegen 51 Personen ausgestellt.

Die KCK Operationen, die im April 2009 begannen, gingen am Ende des Jahres mit Verhaftungen vor allem in den Provinzen Diyarbakır, Şırnak, Batman, Mardin, Van, Adana, Mersin, Gaziantep, Şanlıurfa, Hakkâri, Siirt und vielen anderen Provinzen zu unterschiedlichen Zeiten weiter. Von den Verhaftungen waren Mitglieder der BDP, Politiker, Funktionäre,

Angestellte, Mitglieder von Jugendparlamenten, Menschenrechtler, Gewerkschafter, Mitglieder von Frauenorganisationen und Unterstützer der BDP betroffen. Als Folge der Verhaftungen wurden in jeder Provinz mit speziellen Strafkammern KCK-Verfahren eröffnet.

Während die KCK-Verfahren liefen, wurde auf der anderen Seite die "kurdische Öffnung", das "Projekt nationaler Brüderschaft" und die Ausschaltung der PKK von der AKP Regierung beschleunigt! Während die Diskussion um die Öffnung andauerte, kamen auf den Aufruf von Abdullah Öcalan am 19. Oktober 2009 26 Personen aus dem Lager Mahmur im Nordirak (darunter vier Kinder) und aus den Kandil-Bergen acht Guerilleros, also insgesamt 34 Personen über den Grenzposten Habur in die Türkei. Nach einer Befragung wurden die Angekommenen frei gelassen. Die Ankömmlinge wurden von hunderttausenden Menschen begrüßt. Die Begrüßungsfeste und die Tatsache, dass die Angekommenen frei kamen, führte zu Unmut bei Parteien der Opposition. Nachdem sich auch der Generalstab geäußert hatte, stimmte auch die AKP in diesen Chor ein. Gegen die Angekommenen wurden Strafverfahren eröffnet. Am 11. Oktober 2011 ging ein Verfahren gegen drei Inhaftierte und vier per Haftbefehl gesuchte Personen zu Ende. Die 5. Strafkammer in Diyarbakır verurteilte die aus Kandil und Mahmur gekommenen Angeklagten wegen Reden bei der Begrüßungsfeier und Aktionen in den kurdischen Provinzen zu Strafen zwischen 7 und 10 Jahren Haft. Die vier Bestraften und die anderen Rückkehrer waren zuvor gezwungen gewesen, wieder nach Südkurdistan zurückzukehren.

Während die Diskussion um die „Öffnung“ andauerte, ging auch der Druck auf die Kurden unvermindert weiter. Am 11. Dezember 2009 wurde die DTP auf Beschluss des Verfassungsgerichts geschlossen. Ahmet Türk und Aysel Tuğluk wurde ihr Mandat als Abgeordnete entzogen. Am 24. Dezember 2009 folgte eine weitere Verhaftungswelle gegen die KCK. Dabei wurden Bürgermeister, Menschenrechtler und Funktionäre der nach der DTP gegründeten BDP verhaftet. Es wurden Bilder veröffentlicht, auf denen die Bürgermeister und gewählten Gemeinderäten der BDP im Garten des Polizeipräsidiums von Diyarbakır in Handschellen und in einer Reihe hintereinander der Presse vorgeführt wurden. Das erinnerte an die KZs der Nazis. Die Botschaft dieser Bilder an die kurdische Bevölkerung war eindeutig, Die Machthaber wollten, dass sich diese Botschaft im Gedächtnis des kurdischen Volkes festsetzte!

In den vergangenen drei Jahren wurden unzählige KCK-Operationen durchgeführt. Es wurden viele KCK-Verfahren eröffnet. So gibt es zum Beispiel für Batman drei und für Şırnak 5 gesonderte KCK-Verfahren. Es gibt ein KCK-Verfahren für Aydın. Dieses Verfahren wird vor dem Sondergericht in Izmir durchgeführt. Es gibt an allen Sondergerichten der Türkei (Ankara, İstanbul, İzmir, Adana, Malatya, Erzurum, Diyarbakır und Van) KCK-Verfahren.

Am 12. Juni 2011 fanden in der Türkei allgemeine Wahlen statt. Vor den Wahlen nutzte der türkische Staat jedes Mittel, um einen Einzug von Vertretern des kurdischen Volkes ins Parlament zu verhindern. Aufgrund der 10 % Hürde, die soweit ich weiß, sonst in keinem demokratischen Land der Welt gilt, stellte sich die BDP mit unabhängigen Kandidaten zur Wahl. Die Bedingungen waren nicht gleich. Um den Erfolg des Wahlblocks für Arbeit, Freiheit und Demokratie zu verhindern, wurden diesem Hindernisse in den Weg gestellt. Militärische Operationen und KCK Beschuldigungen gegen die Politiker der BDP gingen während der Wahlkampagne in gleicher Schärfe weiter. Der Hohe Wahlrat (YSK) versuchte die Kandidatur von einigen unabhängigen Kandidaten der BDP per Beschluss zu verhindern. Allen Behinderungen des Staates zum Trotz erhöhte der Block für Arbeit, Freiheit und Demokratie seine Stimmen und steigerte die Zahl der Abgeordneten von 22 auf 36. Der in Diyarbakır wegen des KCK-Verfahrens inhaftierte Mehmet Hatip Dicle wurde mit 78.220 Stimmen ins Parlament gewählt. Der YSK erklärte um Mitternacht des 21. Juni das Mandat von Mehmet Hatip Dicle für ungültig. Anträge auf Haftentlassung der anderen fünf Kandidaten des Blocks für Arbeit, Freiheit und Demokratie, die ins Parlament gewählt worden waren, Selma Irmak

(Şırnak), Faysal Sanyıldız (Şırnak), Gülseren Yıldırım (Mardin), İbrahim Ayhan (Urfa) und Kemal Aktaş (Van) wurden abgelehnt.

Die BDP war zur Zielscheibe geworden. Die Operationen waren nicht darauf angelegt, der KCK, sondern der BDP ein Ende zu bereiten. Durch die Explosion einer Mine auf der Straße zwischen Hakkari und Çukurca starben am 17. August 2011 8 Soldaten und ein Dorfschützer. Am folgenden Tag sagte der Premierminister den Journalisten: "Wir sind an dem Punkt angekommen, an dem Worte nicht mehr zählen. Von nun an wird nicht mehr geredet, sondern gehandelt." Die türkische Armee führt Krieg. Berge werden bombardiert, Wälder werden in Brand gesteckt, es werden verbotene Zonen ausgerufen, Hochweiden werden entvölkert usw. Der militärische Krieg geht mit einem psychologischen, politischen, wirtschaftlichen und diplomatischen Krieg einher. Die Medien der Soldaten spielen eine wichtige Rolle im Krieg. Jeden Tag sind die Schlagzeilen wie "wir haben sie beendet, vernichtet" zu lesen, zu hören und zu sehen.

Am 1. Oktober 2011 legten die BDP Abgeordneten ihren Eid ab und begannen ihre Arbeit. Die BDP war ins Parlament eingezogen, aber die Operationen über die Grenzen oder in den Grenzen hielten unvermindert an. Im Gebiet von Kurdistan nahm der Krieg an Heftigkeit zu, und Festnahmen waren an der Tagesordnung.

Drei Tage nach dem Eid der BDP kam es bei parallelen Operationen in İstanbul, Diyarbakır, Batman, Ankara, Mardin, Adıyaman, Siirt, İzmir, Şanlıurfa und Gaziantep am 4. Oktober 2011 zu Razzien auf Wohnungen, bei denen 146 Mitglieder und Leiter der BDP als Mitglieder der illegalen KCK festgenommen wurden. Dies war die bisher größte Verhaftungswelle gegen die BDP. Die BDP sollte ins Parlament kommen und als sie es tat, wurde auf den Knopf gedrückt. Bei der Operation am 28. Oktober 2011 wurden wieder Mitglieder und Leiter der BDP festgenommen. Unter den 44 Verhafteten waren Prof. Dr. Büşra Ersanlı, die dem Parteiparlament und dem Verfassungsausschuss angehörte, Mustafa Avcı und der Schriftsteller und Verleger Ragıp Zarakolu.

Das zentrale KCK Verfahren findet in Diyarbakır statt. Während die KCK Operationen andauerten, wurde den Angeklagten in Diyarbakır nicht gestattet, sich in ihrer Muttersprache zu verteidigen, und es wurde im Protokoll notiert, dass sie eine unbekannte Sprache sprachen. Ich möchte den Lesern kurze Informationen zum Verfahren geben.

Das KCK-Verfahren zielt seit dem Anfang auf Personen, die nie eine Waffe in der Hand hatten und bei denen es auch keinen Verdacht gibt, dass sie es jemals tun werden. Nach der Anklageschrift werden die KCK-Angeklagten beschuldigt, dass sie Demonstrationen zum Weltfrauentag am 8. März, zum Newroz-Fest veranstaltet und sich daran beteiligt haben, dass sie Beschwerden beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte einreichten und die Rechte der Europäischen Menschenrechtskonvention für sich in Anspruch nahmen. Die Menschen, die am 14. April 2009 in Haft genommen wurden, kamen nach 17 Monaten vor Gericht. Vor der 6. Strafkammer mit Sonderrechten in Diyarbakır fand ein Theaterschauspiel statt. Diese Menschen wollten sich in ihrer Muttersprache verteidigen. Das Gericht ließ protokollieren, dass eine von Millionen Menschen gesprochene Sprache nicht bekannt sei. Denjenigen, die sich in ihrer Muttersprache verteidigen wollten, wurde schon beim zweiten Satz das Mikrophon abgeschaltet. Im KCK-Hauptverfahren von Diyarbakır wurden bisher 44 Sitzungen abgehalten. In dem Verfahren wird nach Aktenlage vorgegangen, ohne die Angeklagten anzuhören.

Dies ist ein politisches Verfahren. Das KCK-Verfahren von Diyarbakır, in dem Hunderte von Angeklagten inhaftiert sind, wurde eines der größten Verfahren der Türkei, das offenlegte, dass auf Recht gepfiffen wird. Die Ermittlungen wurden zuerst von Beamten des Innenministeriums und dann von Staatsanwälten des Justizministeriums mit Sonderrechten geführt. In dem Verfahren sind die vom Volk gewählten Bürgermeister, Gemeinderäte, Anwälte, die sich um Menschenrechte kümmern und führende Intellektuelle der Region

angeklagt. Obwohl das Recht auf Verteidigung in der Muttersprache ein verbrieftes Recht ist, erkennt das Gericht dieses Recht nicht an. Das Gericht spricht von einer unbekanntem Sprache und sagt, dass die Aussagen der Angeklagten nicht aufgenommen werden können, weil sie in einer Sprache sprechen, von der angenommen wird, dass es Kurdisch sei. Im staatlichen Fernsehen der Türkei werden 24 Stunden lang Sendungen in Kurdisch ausgestrahlt, aber ein Richter des türkischen Staates erklärt die Sprache der Menschen, die Kurdisch reden, zu einer unbekanntem Sprache.

Artikel 202 der Strafprozessordnung bestimmt, dass ein Angeklagter sich in der Sprache verteidigen kann, in der er sein Anliegen am besten vorbringen kann. Es geht also nicht darum, ob jemand Türkisch kann oder nicht, sondern um das Recht, sein Anliegen in der Sprache vorzubringen, in der man es am besten ausdrücken kann. Zudem sichert auch das Lausanne-Abkommen im Artikel 39 dieses Recht zu. Aber das türkische Gericht sieht es nicht als notwendig an, die eigenen Gesetze anzuwenden. All diese Praktiken bedeuten, dass die einfachsten demokratischen Regeln in der Türkei übersehen werden.

Meral Daniş Beştaş, die stellvertretende Vorsitzende der BDP die für Rechtsfragen zuständig ist, gab bekannt, dass seit dem 14. April 2009 7.748 Menschen festgenommen wurden, von denen 3.895 in Untersuchungshaft kamen. Diese Zahlen ändern sich ständig. Denn es gibt weitere Operationen, Festnahmen und Verhaftungen. Wenn das Volk und die Minderheiten, die der türkische Staat gewaltsam und mit Zwang unter ihrer Vorherrschaft hält, ihr eigenes Recht einfordern, dass geht es in der unverändert existierenden Politik darum, das Problem durch seine Beseitigung zu lösen. Der türkische Staat nutzt all seine Mittel, um jeden Tag türkischen Rassismus und Chauvinismus anzuheizen.

Die Türkei ist noch immer kein Rechtsstaat. Im Mittelpunkt steht der Schutz des Staates. Richter sehen sich als dessen Hüter. Die Gerichte sind nicht unabhängig und fällen gegen Abweichler von der - Regierungslinie politische Urteile; Folter ist Teil der Repression. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat die Türkei dafür immer wieder verurteilt. Wer sich gegen Unterdrückung und Ausbeutung auflehnt, für seine Rechte und die anderer eintritt, gehört zu den „Anderen“. Auf eine Mitgliedschaft in einer politischen Gruppierung kommt es nicht an.

Gegen die Kurden wird in allen Bereichen ein totaler Krieg geführt. Die AKP Regierung führt ihre Angriffe gegen das kurdische Volk, die Demokraten, Fortgeschrittenen, Revolutionäre und Kommunisten aus der Türkei fort. Die kurdische Frage wird blutig unterdrückt. Es wird nicht einmal geduldet, dass die Kurden ihre eigene Identität annehmen und ihnen Rechte zugestanden werden, die sie im Rahmen des bestehenden Systems fordern. Dem türkischen Staat zufolge muss jeder sich als Türke ansehen, den türkischen Rassismus und Chauvinismus akzeptieren und sich dem Staat unterwerfen, um ein Recht auf Leben zu haben. Sie sagen „Seid wie wir, redet wie wir“. Zu den Angriffen auf das kurdische Volk, auf die Demokraten, Fortschrittlichen und Kommunisten kommen täglich neue. Es wird eine aggressive Atmosphäre von Übergriffen auf alle Oppositionellen zum Staat, auf die Presse, Personen und Einrichtungen geschürt. Wir sehen und erleben täglich, was die "Experten-/Meisterphase" und die "fortschrittliche Demokratie" der AKP Regierung bedeuten.

Demokratie wächst nicht aus Gewalt Rückfall in die 90er Jahre

Sigrid Ebritsch

(Persönliche Beobachtungen und Eindrücke während der Delegationsreise)

Selten wurden wir auf unseren Reisen in die Türkei – überwiegend Osttürkei – in so erschreckender Weise mit polizeilicher/militärischer Gewalt und damit mit der Staatsmacht konfrontiert wie in diesem Jahr.

Es begann gleich nach unserer Ankunft in Istanbul, als wir erfuhren, dass viele Newroz-Feiern, die immer ein wichtiger Anlass für unsere Reisen waren, verboten worden waren.

In Istanbul erlebten wir dann die geballte Polizeipräsenz, die etwaige Besucher von der Teilnahme am Fest abzuhalten versuchte. Busse und Straßenbahnen mussten in den Depots bleiben, Privatautos wurden gestoppt und Fußgänger mit Wasserwerfern, Tränengas und Knüppelinsatz von Polizisten daran gehindert, den Festplatz zu erreichen. Dort soll es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit einem Todesopfer gekommen sein.

In anderen Städten, z.B. in Diyarbakir wurde das „Fest“ auf noch brutālere Art und Weise behindert. Da auch hier auf Anweisung des Gouverneurs keine Busse und Straßenbahnen fahren, hatten sich viele Menschen – unter ihnen wie üblich viele Familien – zu Fuß auf den Weg gemacht. Auch sie wurden von Wasserwerfern, Panzerwagen und mit Tränengas attackiert, was vor allem für Frauen und Kinder schockierend war, wie uns Oberbürgermeister Baydemir berichtete, der genauso daran gehindert wurde, auf den Festplatz zu gelangen. Am Vorabend hatte man die gesamte Lautsprecheranlage beschlagnahmt und abtransportiert, so dass die Festredner über provisorisch installierte Lautsprecher zu den TeilnehmerInnen sprechen mussten. Zudem wurden die Reden durch laute Helikopter gestört, die über dem Festplatz kreisten.

In Nusaybin hatten Kinder ihre Eindrücke vom Newroz-Fest auf selbstgemalten Bildern dargestellt. Erschreckend, auf wie vielen Bildern der Kinder die kleinen Panzerwagen, Wasserwerfer und „Polis“ zu sehen waren.

Die kleinen geländegängigen, gut vergitterten Panzerwagen, die durch Umrüstung wohl nicht mehr als „Kriegswaffen“ erkenntlich sein sollten, begleiteten uns durch verschiedene Städte. Vor allem in Hakkari bestimmten sie das Straßenbild. Oft sahen wir sie besetzt mit Polizisten, die ihre Gewehre im Anschlag hielten und auf uns Fußgänger zielten. „Vorsichtshalber“ stand während unserer Anwesenheit in Hakkari einer dieser Panzerwagen ständig vor unserem Hotel.

Etliche unsere Gesprächspartner waren sich einig, wenn sie feststellten:

„Wenn Politiker so brutal mit Tränengas und Wasserwerfern hantieren, erzeugen sie Gegengewalt.“

„Die Verbote der Newroz-Feiern, die nicht am 21.3. stattfinden, gab es lange nicht mehr und führen dazu, Verbote und Gesetze zu missachten.“

„Es scheint so, dass das Kurdenproblem mit Gewalt gelöst werden soll.“

„Guerilleros werden häufiger umgebracht als festgenommen. Dies geschieht heute öfter als früher.“

„Es gibt keine Ansätze zur Prävention bei Kindern, die im Krieg mit Gewalt aufwachsen.“

In vielen Städten kam es am Newroz – Fest zu Verhaftungen. So hatte man mit dem Verbot des Festes einen weiteren Verhaftungs- und Anklagegrund und weitere Verhaftungsmöglichkeiten geschaffen, denn theoretisch könnten alle Teilnehmer und Teilnehmerinnen am verbotenen Newroz-Fest verhaftet werden, da sie dem Aufruf einer „illegalen Organisation“ gefolgt seien.

Die zunehmenden Anklagen und Verhaftungen waren bei fast allen unseren Gesprächspartnern ein wichtiges Thema.

Hier einige Äußerungen:

„Die Verhaftungen gehen weiter – ja sie nehmen zu - auch von Personen, die nichts mit der PKK zu tun haben, weil auch die Gründe und Möglichkeiten für Verhaftungen zunehmen.“

„Die Gefahr ist groß, wenn man heute inhaftiert wird, dass man lange in Haft bleibt.“

„Die Verhaftungen, auch von Bürgermeistern (140 BDP), Akademikern, Journalisten, Wissenschaftlern nehmen zu.“

„Langjährige Verhaftungen nehmen zu.“

„Allein die Teilnahme am Gedenktag für einen 2005 erschossenen Schüler durch dessen Lehrer, hat zu dessen Verhaftung geführt.“

„Wir können kaum noch arbeiten, weil ein Großteil unserer Mitarbeiter (BDP) in Haft ist.“

„Wegen der Verhaftungen und anderen Repressionen haben viele unserer Mitglieder (BDP) Angst, aktiv zu werden.“

„Die Solidarität mit Inhaftierten in der Bevölkerung ist groß aber schwierig, weil Inhaftierte oft weit entfernt von ihren Heimatorten eingesperrt sind.“

„Ich bin sehr besorgt, da es vermehrte Anklagen gegen zivilgesellschaftliche Gruppen gibt. Verhaftung kann fast jeden treffen.“

„Zunehmende Verhaftungen sind schlimm, aber es ist besser, als ermordet zu werden.“

„Aus unserem Gebiet sind allein 30 Kinder ab 12 Jahren in Haft.“

Die Verhaftungswelle, die im Jahr 2009 nach einer Zeit der Liberalisierung begann, geht weiter – ja sie nimmt lt. Aussagen unserer Gesprächspartner zu.

Ekrem Eddy Güzeldere (pol. Analytiker, Istanbul) schreibt in einem Artikel in der „Neue Zürcher Zeitung“ vom 20.04.2012: „Seit Anfang 2009 wurden wegen Mitgliedschaft in der KCK (Union der Gemeinschaften Kurdistans) über 7000 Personen festgenommen und 1500 inhaftiert. Die überwiegende Zahl der Verhafteten und Angeklagten sind BDP Mitglieder. Die KCK ist eine 2005 von Abdullah Öcalan gegründete Dachorganisation der PKK, die sich lt. eines Gründungsmanifestes für einen demokratischen Föderalismus einsetzt und parallele staatsähnliche Institutionen vorsieht. Es steht außer Zweifel, dass PKK/KCK – Mitglieder, vor allem im mehrheitlich von Kurden bewohnten Südosten der Türkei, die legale Partei BDP (Partei für Demokratie und Frieden) zu kontrollieren versuchen und ihr Anweisungen geben. Was aber falsch ist, ist eine Gleichsetzung von BDP und KCK, wie dies im Rahmen der KCK –Prozesse gemacht wird.“

Gerade in den letzten Monaten sollen vermehrt Aktivisten von Nichtregierungsorganisationen mit z.T. absurden Anschuldigungen festgenommen worden sein. Es reicht schon, wenn man sich als Wissenschaftler, Journalist oder Menschenrechtler kritisch zur Kurdenpolitik äußert oder als BDP – Mitglied anfragt, ob bei der Bombardierung von Zivilisten (Kreis Uludere/Qileban) z.B. Giftgas eingesetzt wurde.

Unsere Gesprächspartner waren sich einig, dass diese Strategie, die durch die Verschärfung der Anti –Terror-Gesetze im Jahr 2006 möglich wurde, nicht zu einer hinnehmbaren Lösung der Kurdenfrage in der Türkei führen wird, sondern einen Rückfall in die 90iger Jahre darstellt, in denen statt zu verhandeln, der „Terrorismus“ bekämpft wurde.

Staatsmacht und kommunale Selbstverwaltung.

Rainer Kohlhas

Kommunalpolitiker und Mitglieder der Kurdenpartei BDP in Tunceli, Hakkari und Van kamen in Gesprächen mit unserer Gruppe regelmäßig auf die Beziehung zwischen der Staatsmacht, vertreten durch den Gouverneur, und den gewählten Vertretern der Kommunen zu sprechen. Eine kommunale Selbstverwaltung existiert formal, wird aber real stark behindert durch die finanzielle Abhängigkeit vom Zentralstaat. Es gibt keine eigenen Einnahmen, sondern lediglich einen grundsätzlichen Anspruch auf Zuweisungen von zentral verwalteten Finanzmitteln. Dies führt nach Aussage der Kommunalpolitiker immer wieder zur willkürlich empfundenen Benachteiligung gegenüber Gemeinden, die eine AKP-dominierte Verwaltung haben. In den Bereichen Polizei, Bildung und Krankenversorgung wird diese Behinderung ebenfalls beklagt. Vertreter der Kommunen sehen sich häufig als Bittsteller, selbst wenn es um die Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben geht.

Kommunen, die bei der Kommunalwahl mit Mehrheit die Kurdenpartei BDP gewählt haben werden im Verwaltungsalltag behindert.

So berichtete die Bürgermeisterin von *Tunceli*, dass der Staat Einrichtungen der Stadt geschlossen hat, die Zusatzunterricht für schwache Schüler anboten. Bemühungen der Stadt, gegen Drogenhandel und Prostitution vorzugehen, wurden von der Polizei unterlaufen; sie weigerte sich dagegen vorzugehen, bis die PKK mit Flugblättern die Namen von Rauschgifthändlern öffentlich machte. Im letzten Winter verweigerte der Staat Mittel zur Bewältigung des Schneenotstands.

Staatliche Schulen bekommen Konkurrenz durch die privaten islamischen Gülen-Schulen. Diese gewinnen die besten Schüler und entfremden sie ihren alewitischen Familien. Das traditionell vorbildliche Bildungsniveau in der bisher alewitisch geprägten Stadt sinkt.

In allen besuchten Städten gibt es im Zuge der KCK-Verfahren zunehmend Verhaftungen und Gerichtsverfahren gegen verantwortliche Politiker und Bürger, wenn diese die kurdische Sprache benutzen oder an Veranstaltungen teilnehmen, die vom Staat als Unterstützung einer terroristischen Vereinigung eingestuft werden. In *Hakkari* sahen wir Polizeipanzer im Straßenbild, wurden von der Zivilpolizei überwacht und erfuhren von Lokalpolitikern, dass ihre Verwaltungsmitarbeiter überwacht, behindert und verhaftet wurden. Dieser Druck bewirkt, dass trotz 90% Wahlerfolg der BDP kaum noch ein Bürger es wagt, sich offen politisch zu engagieren.

In *Van*, das durch Erdbeben im Oktober 2011 in großen Teilen zerstört worden ist, berichtete eine Mitarbeiterin der Stadtverwaltung von deprimierenden Behinderungen unmittelbar nach dem Erdbeben:

die Stadt musste am Tag nach dem Erdbeben einem iranischen mobilen Ärzteteam, welches sich angeboten hatte, kostenlos zu helfen, die Arbeit auf Anweisung des Gouverneurs verbieten. Die Stadt durfte keine ausländische Hilfe annehmen und musste Geldspenden aus dem Ausland an den Gouverneur abgeben, der die Mittel über den staatlichen Roten Halbmond nach eigenem Gutdünken einsetzte. Die Presse durfte nur über diese Hilfen berichten. Die Stadt erhielt andererseits die Verantwortung für die Infrastruktur in 35 Container- und Zeltsiedlungen, wobei der Staat zusätzlich erforderliche Geldmittel verweigerte.

Fazit:

Die beschriebenen Eindrücke zeigen, wie verfahren die Lage derzeit ist. Friedliche, Gewaltfreiheit glaubwürdig vertretende Politiker werden willkürlich kriminalisiert und durch kleinliche Schikanen in den Augen ihrer Bürger delegitimiert. Die Staatsmacht tritt martialisch einschüchternd auf und verteilt ihre Gunstbeweise in Form staatlicher Gelder nach politischem Wohlverhalten.

Kurdische Politiker setzen deshalb große Hoffnungen in die EU-Beitrittsverhandlungen. Obwohl derzeit auch hier kaum Fortschritte zu sehen sind. Aufgrund des in EU-Verträgen (zuletzt Lissabon-Vertrag) festgelegten Subsidiaritätsprinzips würde ein EU-Beitritt der Türkei die kommunale Selbstverwaltung stärken und eine kulturell autonome Selbstverwaltung unabhängig vom schwankenden Willen der türkischen Staatsregierung ermöglichen.

Diesen Prozess zu unterstützen wäre ein echter Friedensbeitrag der EU-Staaten und insbesondere Deutschlands.



Die Gülenbewegung

Christa Blum

Schon vor der Reise in die Osttürkei im März 2012 und immer wieder in den Gesprächen dort fiel der Name Fetullah Gülen und wir versuchten, dem nachzugehen.

F. Gülen wurde 1941 in der Provinz Erzurum (Osttürkei) geboren, ging auf die Koranschule, wurde mit 18 Jahren Imam, schloss sich der Nurculuk Lichtbewegung des Sufi Predigers Said Nurci an, kam wegen „islamistischer Umtriebe“ nach dem Putsch 1971 für sechs Monate ins Gefängnis. Er blieb danach bis nach dem Militärputsch 1980 als Prediger im Staatsdienst. Die Militärjunta unterstützte Gülens zwischenzeitlich stark angestiegene Bewegung als Gegengewicht gegen die radikale Linke und die kurdische Nationalbewegung

Im Mittelpunkt seiner Schriften stehen immer wieder der Kampf gegen Kommunismus, Atheismus sowie die Evolutionstheorie.

Gülens mehr als sechzig Bücher und seine Hunderte auf Tonträgern verbreiteten Reden, seiner auf Mystizismus, Engels- und Dämonenglauben beruhende Sufi lehre zeigen ein konservatives und konventionelles Islamverständnis. Gleichzeitig tritt Gülen für die Nutzung der modernen Wissenschaften und Technologien durch die Muslime ein, um die Abhängigkeit der Türkei vom Westen zu beenden. Sein Ziel ist eine Türkei nach dem Vorbild des

Osmanischen Reiches.

F. Gülen ist ein charismatischer Führer und gilt im Westen als wichtigster Vertreter eines liberalen reformorientierten Islam. Seit 1999 lebt er in den USA. Er kommuniziert über auf Video aufgezeichnete Predigten, die in den Gülennetzwerken veröffentlicht werden und Anweisungen geben. In einer Videobotschaft forderte er 1999 seine Anhänger auf, sich unauffällig innerhalb des Systems zu bewegen, bis man die Macht erlangt habe. Es gibt keine formale Struktur, keine sichtbare Organisation und keine offizielle Mitgliedschaft.

Gülen propagiert das Konzept der Unterwanderung staatlicher Institutionen.

Inzwischen wird die Gülenbewegung als ein riesiges Netzwerk beschrieben – eine politische Geheimorganisation; sie betreibt mehr als 1000 Schulen in 130 Ländern, Stiftungen, Zeitungen z.B. die regierungsnah und auflagenstärkste Zeitung Zaman, Fernsehsender, sie betreibt Radiostationen, 1000 sog Lichthäuser für den Religionsunterricht und zahlreiche Privatuniversitäten. Der ökonomische Wert der Schulen, Stiftungen, Unternehmen und Medien, die in über fünfzig Ländern zur Gülenbewegung gehören, wurde 2010 auf über 26 Milliarden US Dollar geschätzt.

Seine Anhänger gewinnt Gülen insbesondere über seine Bildungseinrichtungen und die angeschlossenen Wohnheime. Die Schulen sind auf hohem besonders technischem Standard. Die Lehrer sollen Vorbilder sein: nicht rauchen, kein Alkohol, keine Scheidungen.

Die Schüler und Schülerinnen arbeiten hart, sie versuchen Religion und Karriere zu verbinden, und Gülenanhänger betonen, dass die türkische Wirtschaft einschließlich des Handels nach Afrika und Asien durch sie so expandierte.

Unternehmer unterstützen die Bewegung großzügig mit Spenden.

Der Autor Ahmet Sik hatte in seinem Buch „Die Armee des Imam“ beschrieben, dass die Bewegung Gülens in der Türkei weite Teile der Eliten durchsetzt habe und auf repressive und autoritäre Weise versucht, jegliche Kritik zu unterbinden.

Er beschreibt, auf welche Weise die Gülen-Anhänger die Polizei und das Justizsystem systematisch unterwanderten, um zur mächtigsten Macht in der Türkei zu werden.

Siks Buch wurde durch die Behörden konfisziert und der Autor war ein Jahr lang inhaftiert. Inzwischen ist es im Internet veröffentlicht.

In einer Videobotschaft vom 24.10.2011 kritisierte Gülen die türkische Armee, weil sie bis heute mit der PKK und denen, die sie unterstützen nicht fertig geworden sei.

Und er ruft dazu auf:

Zerschlagt ihre Einheiten, vernichtet ihren Einfluss auf die Bevölkerung, lokalisiert sie, umzingelt sie, die Feinde der Türkei sollen vernichtet werden, ihre Wurzeln sollen ausgetrocknet werden. Lasst Feuer auf ihre Häuser regnen, überzieht ihr Klagegeschrei mit noch mehr Wehgeschrei, schneidet ihnen die Wurzeln ab und macht ihrer Sache ein Ende!“

<http://www.youtube.com/watch?v=nTgwI8mSEY0&feature=related>

Es gibt noch ein Zitat, das sagt, „wenn man die herausnimmt, die Prügel verdienen, muss man die restlichen 95% dieser Gesellschaft mit göttlicher Barmherzigkeit umarmen und sich ihnen gegenüber mit besonderer Sanftmut und Milde verhalten“. Also Assimilation oder Vernichtung?

Inzwischen wird geschätzt, dass große Teile des Militärs, der Polizei und des Geheimdienstes von Gülenanhängern besetzt sind, ebenso gehören viele Abgeordnete und Tausende Beamte des mittleren Dienstes und hochrangige Staatsfunktionäre der Gülenbewegung an.

Wieweit die AKP in die Gülenbewegung eingebunden ist, ist unklar. Deutlich ist, dass eine verstärkte Islamisierung des gesellschaftlichen Lebens in der Türkei stattfindet.

Wir hatten versucht, den Hintergrund der Verhaftungen, der Willkür, der Brutalität, die gegen die kurdische Zivilbevölkerung, gegen Bürgermeister, Menschenrechtler, Journalisten, Kinder

u.a. ausgeübt wird, zu verstehen. Die Gülenbewegung scheint ein Teil der Erklärung zu sein. Auch in Deutschland ist die Gülenbewegung dabei, die dominierenden muslimischen Organisationen zu verdrängen. Sie ist in fast jeder deutschen Stadt mit Schulen und anderen Bildungseinrichtungen präsent.

F. Gülen ist u.a. Ehrenvorsitzender des in Berlin ansässigen Forums für interkulturellen Dialog

Dem Text liegen verschiedenen Quellen zugrunde:

Sendungen des Deutschlandfunks, Informationsstelle Kurdistan, BBC Radiosendung, Mesopdossier I-VII, PKK Perspektiven des kurdischen Freiheitskampfes von Nikolaus Brauns und Brigitte Kiechle Schmetterlingsverlag, Filmankündigung „die stille Armee des Islam“ WDR 25.6.2012 (Film wurde nicht gesendet).

ANHANG

Glossar (Gisela)

AKP Adalet ve Kalkinma Partisi Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung

BDP Baris ve Demokrasi Partisi Partei für Frieden und Demokratie

DOHA Türkische Umweltorganisation

DTK Kongress für eine demokratische Gesellschaft

DTP Demokratik Toplum Partisi Partei der demokratischen Gesellschaft

Ergenekon Begriff aus der türkischen Mythologie, Bezeichnung für eine Verschwörung des „Tiefen Staates“ gegen die Regierung Erdogan 2003

IHD İnsan Hakları Derneği Menschenrechtsverein

KaMer Kadın Merkezi Frauen Zentrum

KCK Koma Civakên Kurdistan Union der Gemeinschaften Kurdistans

KESK Gewerkschaft für den Öffentlichen Dienst ~Verdi

MHP Millîyetçi Hareket Partisi Partei der Nationalistischen Bewegung

Newroz Der neue Tag Kurdisches Neujahrsfest

NGO Nongovernmental Organisation Nicht Regierungs Organisation

PKK Partiya Karkerên Kurdistan Arbeiterpartei Kurdistan

SES Gesundheitsgewerkschaft

TIHV Türk İnsan Hakları Vakfı Türkische Menschenrechtsstiftung

Tur Abdin Berg der Knechte Gottes Kernland der Syrisch-Orthodoxen Kirche in der Türkei

Links:

www.ihd-tr.org

www.tihv.org

www.mesop.de

www.isku.org

www.nadir.org

www.tuerkeiforum.net

87 27.3. 12 Ärzte prangern türkische Regierung an

Delegation aus der Region
besucht kurdische Gebiete
Von Uwe Hildebrandt

Eine Ärzte-Delegation, zu der auch drei Ärzte aus unserer Region gehören, kritisiert die Haftbedingungen in Teilen der Türkei scharf. Die Mitglieder der Organisation Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW) besuchen gerade die hauptsächlich von Kurden bewohnten Gebiete des Landes. Die medizinische Behandlung in den dortigen Gefängnissen müsse dringend verbessert werden, heißt es in der an die türkische Regierung gerichteten Resolution.

„Es sind im Moment nach unseren Informationen extrem viele Kurden inhaftiert“, erzählt der Arzt Dr. Helmut Käss, Braunschweiger Mitglied der Delegation, in einem Telefonat mit unserer Zeitung: „Über 6000 Gefangene sind in den letzten drei Jahren auf Basis von Terrorgesetzen inhaftiert worden. Die Menschenrechtsorganisation IHD sagt, diese Menschen haben keinerlei Gewalt angewendet, sie haben sich nur in einer Weise geäußert, die dem türkischen Staat nicht gefällt.“

Nachdem die Ärzte in der zurückliegenden Woche mit verschiedenen Personen und Gruppen Gespräche geführt haben, sprechen sie nun von einer massiven Diskriminierung der Kurden. So werde die kurdische Sprache bei Gerichtsverhandlungen nicht akzeptiert. Vergangene Woche seien traditionelle kurdische Newroz-Feste verboten worden.

Käss kritisiert außerdem: „Die türkische Mehrheit hat zwei Gesetze, die die Definition von Terrorismus erweitern, verabschiedet. Demnach kann jeder, der die ‚Ziele einer illegalen Organisation verbreitet‘ oder ‚Propaganda für eine illegale Organisation‘ macht, inhaftiert werden.“ Nach Angaben des Arztes seien die meisten kurdischen Politiker somit ständig der Gefahr einer Inhaftierung ausgesetzt, weil sie einst inzwischen verbotenen Vorgängerparteien angehörten.

„Wir sind hier immer über lange Zeit einen anderen Charakter spielen. Viele gingen wohl deshalb in die Koçip, um den „anderen“ runterzuspülen. Na ja,

„16 von etwa 90 kurdischen Bürgermeistern saßen am 17. Januar in Gefängnissen, weil sie sich jeweils in einer Form geäußert haben, die der türkischen Regierung nicht genehm ist“, sagt Käss: „Das ist ein Angriff auf die Demokratie und die Menschenrechte.“ Ein Sprecher der türkischen Botschaft in Berlin erklärte gestern auf Nachfrage, er könne zu all diesen Vorwürfen nicht Stellung beziehen.

Nach Angaben der 15-köpfigen IPPNW-Delegation erhalten selbst inhaftierte Krebs-Patienten in den Gefängnissen in kurdischen Gebieten eine unzureichende medizinische Versorgung. Käss zitiert aus der Resolution an die türkische Regierung: „Wir fordern, dass Totkranke entlassen werden – einerseits, weil sie dann besser medizinisch behandelt werden, und andererseits, weil sie dann auch im Kreis ihrer Angehörigen sterben können.“

Die Braunschweiger Ärzte erlebten vergangene Woche in den drei Städten Istanbul, Diyarbakir und Dersim die Auseinandersetzungen um die kurdischen Newrozfeste. Laut Käss setzte die Polizei wiederholt Tränengas ein. Am Donnerstag will die Delegation nach Deutschland zurückkehren.



Der Arzt Helmut Käss besucht derzeit die kurdischen Gebiete in der Türkei.

Foto: Peter Sierigk

**Deutsche Sektion der Internationalen
Ärzte für die Verhütung des
Atomkrieges/
Ärzte in sozialer Verantwortung e. V.**

International Physicians for the Prevention
of Nuclear War (IPPNW)

**TÜRKIYE CUMHURİYETİ
ADALET BAKANLIĞI
FAKS : 90 (0312) 419 33 70
06859 KIZILAY / ANKARA**



Königsplatz 10
10667 Berlin
Telefon: 030 899 07 40
Telefax: 030 899 81 66
E-Mail: ippnw@ippnw.de
www.ippnw.de

Vorstand
Dr. Sabine Farrow
Susanne Grabenhorst
Matthias Jochheim
Christoph Krämer
Dr. Martin Gonnabend
Reinhold Thiel
Ursula Völker
Dr. Jens Wagner
International Councilor
Dr. Helmut Lohrer
Deputy International Councilor
Dr. Eva-Maria Schwenhorst
Ehrenvorsitzende
Prof. Dr. Ulrich Gotschalz
Prof. Dr. Dr. Hans-Eberhard
Richter

Wissenschaftlicher Beirat
Dr. Jan van Aken
Prof. Dr. Andreas Baro
Dr. Dieter Desseroth
Prof. Dr. Dr. Hans-Peter Durr
Dr. Heinz Logau
Prof. Dr. Götz Neuneck
Prof. Dr. Norman Poesch
Prof. Dr. Inge Schmitz-Feuerhahn
Prof. Dr. Oskar Wassermann



Van, 28.03.2012

Sehr geehrter Herr Justizminister Ergin,

wir wenden uns an Sie als deutsche Delegation der „International Physicians for the Prevention of Nuclear War and in social responsibility.“

Als Ärztinnen und Ärzte sind wir in tiefer Sorge um berichtete Zustände in türkischen Gefängnissen:

nach Gesprächen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen wie IHD und Anwaltskammer Diyarbakir im März 2012 und der veröffentlichten Statistiken des IHD sind zur Zeit 256 schwer erkrankte Menschen in Gefängnissen des Bezirks Diyarbakir inhaftiert, die innerhalb des Gefängnisses nicht adäquat behandelt werden können. Von diesen sind 106 Personen unmittelbar vom Tode bedroht.

Obwohl Fachärzte in Gutachten bescheinigten, dass die Kranken aufgrund der schweren Krankheit haftunfähig sind, werden Haftentlassungen bisher abgelehnt. Inzwischen starben 13 Menschen, nachdem sie im Gefängnis nicht behandelt wurden.

Als ärztliche Organisation erschrecken uns diese Informationen sehr.

Wir bitten Sie dringend darum, bei erforderlicher medizinischer Therapie außerhalb des Gefängnisses Haftentlassung zu gewähren und Sterbenden die häusliche Umgebung nicht zu verweigern.

Dies würden wir als ein Zeichen der Humanität und Stärke der türkischen Gesellschaft ansehen.

Hochachtungsvoll

IPPNW Delegation: Dr. Gisela Penteker, Dr. Elke Schrage, Dr. Friederike Spelling, Dr. Christa Blum, Dr. Helmut Käß, Rainer Kohlhaas, Friedrich Vetter, Siegrid Ebritsch, Monika Bergen, Mehmet Desde, Ursula Kowald-Stöckmann und Mehmet Bayyal

Handwritten signatures of the delegation members, including names like U. Kowald-Stöckmann, F. Vetter, S. Ebritsch, M. Bergen, M. Bayyal, M. Desde, and others.

Nachrichtlich an:
Deutscher Außenminister, alle Fraktionen des Bundestages, Pro Asyl, IPPNW Geschäftsstelle und an die deutsche Presse

Ehrenmitglieder Prof. Dr. Drs. h.c. mult. Bernard Lown, Prof. Dr. Metin Özak (T), Dr. Ingeborg Peters-
Pflanz (D)
Bankverbindung IPPNW Konto 2222210, Bank für Sozialwirtschaft, BLZ 100 200 00
IBAN: DE39 10020500000222210 BIC: BFSWDE33HAN



Ausgezeichnet mit dem
UNESCO-Friedenspreis 1994
und dem
Friedensnobelpreis 1985

Zu viel gesehen, um zur Tagesordnung überzugehen

KURDEN Mainzer Gruppe besucht Türkei / „Kriminalisierung muss zurückgehen“

Von
Julia Sloboda

MAINZ. Zwei Wochen war Christa Blum im März im Osten der Türkei unterwegs. Für die Allgemeinmedizinerin war es die dritte Reise, die sie mit der Ärzteorganisation IPPNW in diese Region unternahm.

„Wir haben dort zu viel gesehen, um jetzt schweigen zu können“, erzählt sie. Die massiven Menschenrechtsverletzungen und Unterdrückung der Kurden mache es ihr nicht möglich, „heimzufahren und zum Alltag zurückzukehren“.

Wie Christa Blum geht es auch Friedrich Vetter, Pfarrer im Ruhestand, und Rainer Kohlhaas, Dozent für Didaktik der Politik an der Uni Mainz. Auch sie waren Teil der 14-köpfigen Gruppe, die auf ihrer Reise zahlreiche Gespräche mit Bürgermeistern, Menschenrechtlern, Juristen und Ärzten geführt hat.

„Die Gruppe fährt seit 18 Jahren jedes Jahr im März zum Newroz-Fest in die kurdischen Gebiete der Türkei“, erklärt Blum. In diesem Jahr sei das wichtigste Fest der Kurden zum ersten Mal seit langer Zeit wieder verboten worden. Nach einem Tauwetter zwischen Kur-

HINTERGRUND

► Die Kurden im Sinne einer einem einheitlichen Staatsgebiet zuzuordnenden Bevölkerungsgruppe gibt es im engeren Sinne im Grunde nicht. Sie sind viel mehr ein Volk in Vorderasien, dessen **Hauptsiedlungsgebiet als „Kurdistan“** bezeichnet wird. Ihre zur indogermanischen Familie gehörende Sprache gehört zu den Iranischen Sprachen.

► Die Kurden bilden **ethnische Minderheiten in der Türkei**, im Irak, Iran und in Syrien. Im 7. Jahrhundert n. Chr. eroberten Kalifen-Armeen kurdische Gebiete – die Bewohner traten zum Islam über. Zwischen dem 10. und 13. Jahrhundert unter islamischer Herrschaft gründeten Kurden mehrere Dynastien. (Quelle: Wikipedia)

den und türkischer Regierung sei nun wieder eine Eiszeit angebrochen. Das empfindet auch Rainer Kohlhaas so: „Die Kurden waren optimistisch in den letzten Jahren. Der Schock ist groß, dass Ministerpräsident Erdogan jetzt die Zügel wieder anzieht.“ Die drei Mainzer erzählen von willkürlichen Verhaftungen, allein über 600 zwischen Januar und März diesen Jahres. „Das sind keine Mitglieder der PKK, sondern Zivilisten, die inhaftiert werden“, so Christa Blum.

„Warum hört uns Europa nicht?“, sei die Frage gewesen, die die Delegation immer wieder gestellt bekam. Blum, Vetter und Kohlhaas wollen versuchen, sich Gehör zu verschaffen. Einen Brief an Außenminister Wester-

welle haben sie schon geschrieben – ohne Reaktion. Jetzt wollen sie sich an die rheinland-pfälzischen Bundestagsabgeordneten wenden.

„Die Kurden sollen sich nicht vergessen fühlen“, sagt Vetter. Deshalb fahre man auch weiter jedes Jahr in die Türkei. Kohlhaas nimmt Deutschland und die EU in die Pflicht: „Die Kriminalisierung der kurdischen Bewegung muss zurückgefahren werden.“

Und die EU muss im Rahmen der zwar momentan zähen Beitrittsverhandlungen Druck auf die türkische Regierung ausüben.“ Die drei Mainzer wollen ihren Teil dazu beitragen, den „für viele Menschen blinden Fleck“ ins Blickfeld zu rücken.







In Istanbul verhindert ein massiver Polizeieinsatz das Fest



NEWROZ 2012



In Dersim ist die Feier erlaubt, fröhlich ist sie nicht ...





VAN, die Folgen des Erdbebens ...

